

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: pro Nummer 10 Pf., monatlich 3.00 Mk., vierteljährlich 8.00 Mk., halbjährlich 15.00 Mk., jährlich 30.00 Mk. (Postfrei).
 Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte 10 Pf. (Postfrei).
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erstausgabe täglich außer Montags.

Die Interims-Gebühr

Beträgt für die sechsmonatige Kolonialzeitung oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichtigungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (Steck-) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interims-Gebühr für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 23. Juni 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Reichsratsidylle.

Aus Wien wird uns geschrieben:
 Still und friedlich geht es nun in dem österreichischen Reichsrat zu, der durch seine leidenschaftlichen Szenen einst der Welt eine besondere Spielart des Parlamentarismus vorgeführt hat. Aus dem mit geringen Unterbrechungen acht Jahr lang gelähmten Hause, das oft durch Monate mit nichtigen namentlichen Abstimmungen gequält wurde, ist jetzt ein solbentes, arbeitsfähiges Parlament geworden. Wodurch dieses Wunder bewerkstelligt ward? Scheinbar durch nichts. Denn daß der eine Beamtenminister durch den andern ersetzt wurde, an Stelle des Herrn v. Koerber der Baron Gautsch trat, kann den Umschwung doch nicht erklären. Freiherr v. Gautsch hat bisher weder die Hoffnungen gerechtfertigt, die gewisse reaktionäre Scharmacher an seinen Regierungsantritt geknüpft hatten, noch die Befürchtungen bewahrt, die von der durch das Koerberische freiheitliche Regime an bessere Regierungssitten gewöhnten Öffentlichkeit gehegt worden sind: er hat sich, wenigstens bisher, als gescheiter erwiesen, als man dem höfischen Günstling zugetraut, und als anständiger, als von dem Jesuitenjüngling zu erwarten war. Die den Ruhm des Koerberischen Regierens bildende Respektierung der politischen Freiheiten wird von ihm nicht angetastet; insbesondere die Pressefreiheit, die Herr v. Koerber trotz des 35 Jahre alten Staatsgrundgesetzes („Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern“) in Österreich erst eingeführt, ist auch von seinem Nachfolger vorläufig nicht beeinträchtigt worden. Auch in den entscheidenden Fragen des österreichischen Staates, der nationalen, hält sich Gautsch an das bewährte Rezept seines Vorbildes: mit leidenschaftloser Beharrlichkeit jeder Entscheidung aus dem Wege zu gehen und jede selbständige, von den Parteien nicht vorher gebilligte Entscheidung zu vermeiden. Obwohl sich also weder in den Auffassungen und noch weniger in den Handlungen etwas geändert hat — in diesen am wenigsten, denn alle Vorlagen, die das Parlament bisher im Plenum oder in den Ausschüssen verhandelte, stammen aus dem Koerberischen Nachlass — ist es doch so, als ob mit der Beseitigung des unsterblich enghirnigen österreichischen Ministerpräsidenten vom Parlament ein Alp genommen wäre. Seitdem Koerber entfernt ist, also seit Neujahr, erscheint das Abgeordnetenhaus wie von einem Trude befreit und hat das Aussehen eines arbeitsfähigen und solbenten Parlaments.

Sachlich ist die Veränderung in der Lage des Reichsrates — sie besteht eigentlich darin, daß es seit Monaten eine „Lage“ nicht mehr gibt — in dem Aufgeben der Obstruktion durch die Jungtschechen, die mit dieser Qual das Parlament, wenn auch mit Unterbrechungen und Gnadenrufen, seit der im Jahre 1899 vollzogenen Aufhebung der Wädenschen Sprachverordnungen (welche die absolute Doppelsprachigkeit der staatlichen Verwaltung in Böhmen und Mähren verfügten) verfolgt hatten. Zwar haben die Jungtschechen die Obstruktion nicht gerade abgeschrieben, sondern bloß eingestellt und haben jetzt, vor dem Handelsvertrag mit Deutschland, ihre verschollenen Forderungen wieder herbeigeholt, aber es wird genügen, daß ihnen Herr v. Gautsch irgend eine platonische Erklärung vorlegt; ausleben wird, wenigstens in dieser Session, die Obstruktion nicht. Unsonstiger, als die Deutschen zur Rebende sonst den böhmischen Landtag zer schlagen würden, dessen Schicksal so in ihrer Hand liegt wie der Reichsrat in den Händen der Tschechen. So paralysiert eine Obstruktionsmöglichkeit die andere und unter dem Motto: „Schonst du meinen Reichsrat, schon' ich deinen Landtag, ist in beiden Körperchaften eine leidliche Ordnung herbeigeführt worden.

Nicht in geringem Maße hat zu dem ungewohnten Schauspiel des einigen Volkes von österreichischen Wäldern die ungarische Gefahr beigetragen. Welchen Standpunkt immer auch die verschiedenen Österreicher — verschieden nicht bloß nach ihrer Nationalität, sondern auch nach dem Grade des Patriotismus, ihres „Österreicherturns“ — zu dem Problem des Dualismus einnehmen: allen gemeinsam ist der Entschluß, sich diesmal von der Krone an die Ungarn nicht verschauern zu lassen. Deshalb hat der Wahlsieg der auf die Lostrennung von Österreich eingeschworenen Unabhängigkeitspartei in den Litzschen Wahlen das Bedürfnis entstehen lassen, in diesem schicksalsschweren Augenblick der Welt nicht das Schauspiel eines stiefen, arbeitsunfähigen Parlaments zu liefern und dazu geholfen, das Gespenst der Obstruktion wenigstens für die Zeit der Entscheidung zu bannen.

Man hat hier ein hübsches Beispiel der „Wirkung in die Ferne“: Die Auflösung des ungarischen Abgeordnetenhauses sollte die ungarische Obstruktion beseitigen, hat aber eigentlich die österreichische gebändigt. Allerdings wurde der Profit, den Habsburg hier macht, reichlich aufgewogen durch die Entstehung einer Majorität in Ungarn, die nach Ludwig Kossuths Sohn benannt ist.

Die veränderte Lage im österreichischen Abgeordnetenhause ist von der Regierung Gautsch trefflich ausbeutet worden: sie hat die Leihgähe der Parteien benützt, um sich den autonomen Zolltarif bewilligen zu lassen, und schickt sich an, dem Handelsvertrage mit Deutschland die legislative Genehmigung zu verschaffen. Die Annahme des, dem hehren deutschen Muster nachgebildeten Wuchertarifs war freilich nie zweifelhaft gewesen; nur seine Veratung stand, als ein Bestandteil des Ausgleiches mit Ungarn, gegen den die tschechische Obstruktion in aller Form eingeschworen war, in Frage. War aber einmal die Verhandlung eröffnet, so war die Durchbringung ein Kinderspiel; sie ist auch in ein paar ganz ruhigen, herzlich besuchten Sitzungen herbeigeführt worden. Von den Kämpfen, die der ähnliche Tarif im Deutschen Reichstage hervorgerufen, hatte die Verhandlung in Österreich gar nichts; selbst die heisse Frage, wie man den Tarif von etwa zweihundert Positionen technisch zur Verhandlung stellen

soil, wurde spielend gelöst. Es bedurfte dazu keines Kardorffschen Gewaltstreiks; der Präsident teilte einfach das Gesetz und den Tarif in sechs Gruppen ein und die Sache war, ohne den geringsten Widerspruch zu finden, erledigt. Der Gleichmut dieser Verhandlung hat freilich seine besonderen Gründe. Vorerst die ungeheure, schon im Wahlstimm begründete agrarische Mehrheit des österreichischen Abgeordnetenhauses, die natürlich die wahnsinnigen Zoll erhöhungen für alle agrarischen Produkte mit wahrer Bier beschloß; die gleichfalls vom Wahlrecht her beeinflusste Anrechtlichkeit der städtischen Abgeordneten, die sich (wie etwa die Wiener Christlichsozialen) von der herausfordernden Sprache der Agrarier einschüchtern lassen, und schließlich die Gemeinsamkeit des Staubes, die in jedem Zolltarif zwischen Industrie und Landwirtschaft begründet wird und also den Widerstand der Industrievertreter gegen die agrarischen Kaufzölle unterbindet. Ausschlaggebend war freilich die Erkenntnis, daß hier alles Reden und Beantragen verlorene Liebesmühle wäre. Denn dieser „autonome“ Tarif steht durchaus nicht im freien Willen Österreichs, ist vielmehr durch die Vereinbarung mit Ungarn schon und zwar unzerbrechbar gebunden. Wozu noch kam, daß er auch durch die Verträge mit Deutschland und mit Italien, die auf Grund des bloßen Entwurfes geschlossen sind, eine entschiedene Sache ist. Daß unter solchen Umständen jeder Anreiz schlicht, dem Stampe eine größere Ausdehnung zu geben, daß sich also insbesondere die sozialdemokratischen Abgeordneten darauf beschränken, in ein paar tapferen Reden die ausbeuterische Natur dieser Schutztarife darzustellen, ist nur allzu begreiflich.

Wie wird nun die handelspolitische Situation beschaffen sein, wenn der autonome Zolltarif Gesetz und der Handelsvertrag mit Deutschland beschlossen sein wird — denn daß dieser, einmal in Verhandlung gezogen, glatt angenommen werden wird, ist selbstverständlich. Im Grunde genommen ebenso unbestimmt und in Schwere wie vorher. Zwar tut man in Österreich so, als ob die Vespredung des Tarifs und die Annahme des Vertrages auch eine Vorfrage wäre für den Fall, daß das Zoll- und Handelsbündnis mit Ungarn nicht zustande kommen sollte, aber das ist eitel Spiegelgläserlei. Denn der Zolltarif setzt das gemeinsame Zollgebiet voraus, hat ohne dieses keinen Sinn, und der Handelsvertrag ist von Deutschland mit Österreich-Ungarn geschlossen worden, würde also seine Basis verlieren, wenn dieser Vertragszweig, das wirtschaftliche Österreich-Ungarn, zu bestehen aufhörte. Der springende Punkt ist also immer die Frage, wie sich das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn künftig gestalten wird. Formell steht es darum so, daß die Gemeinsamkeit zwar bis Ende 1907 festgelegt ist, jedoch in einer so mangelhaften Form (nicht auf Grund von Gesetzen, sondern nur in Form der selbständigen, durch die Reziprozität verbürgten Verfügungen jedes Staates für sich, daß Handelsverträge, würde diese Form nicht verbessert werden, über das Jahr 1907 nicht geschlossen werden könnten. Voraussetzung der internationalen Verträge ist also, daß vorher zwischen Österreich und Ungarn die wirtschaftliche Gemeinsamkeit neu fundiert wird: durch Abschließung eines Zoll- und Handelsbündnisses, durch die legislative Genehmigung jener Vereinbarungen, die zwischen Szell und Koerber am Silbestier 1902 perfektuiert wurden, in keinem der beiden Parlamente aber bisher in Verhandlung gezogen worden sind. Obwohl diese Aufgabe und die daran sich schließende Erledigung sämtlicher Handelsverträge bis März 1906 gelöst sein muß, so ist doch angehts der immer drohenden und verrückter werdenden Zustände in Ungarn absolut nicht zu erweisen, wann und wie die Arbeit geleistet werden soll. Dazu kommt noch, daß die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Rußland, Serbien, Bulgarien, Belgien und mit der Schweiz noch gar nicht begonnen haben, mangels einer aktionsfähigen Regierung — welche durch die Ernennung des Ministeriums Hegerdvorh auch nicht hergestellt sein wird — nicht beginnen können, obwohl alle diese Verträge gekündigt sind, die mit Bulgarien und mit der Schweiz Mitte September bereits ablaufen. Die Erneuerung der europäischen Handelspolitik findet also Österreich-Ungarn in der denkbar ungünstigsten Lage, und nur die Erfahrung, daß die Dinge zum Schluß immer häßlicher sind als die Menschen, läßt annehmen, daß sich aus dem Wirrwarr der Dinge schließlich dennoch das Notwendige herauskristallisieren wird.

Die Arbeitsfähigkeit des österreichischen Reichsrates hindert also nicht, daß sich der Habsburgerstaat in einer wahrhaft verzweifeltsten Situation befindet. Dem bishigen, nur auf Widerstand bewilligter Vespredung in Österreich steht die schreckliche Krise in Ungarn gegenüber, von der niemand weiß, wie sie gelöst werden könnte. So schleppt sich das arme „Reich“ von Krise zu Krise, und die Reichsrats-Idylle ist nicht mehr als eine hühennde Epifode.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juni.

Die Marokkofrage.

Die „Reichs. Allg. Ztg.“ ist bisher nicht in der Lage, auf die von uns aus der Zeitschrift „Europa“ übernommenen Mitteilungen zu antworten!

Ist der Reichstag plötzlich geschlossen worden, weil die Regierung dadurch jeder Interpellation und Opposition in der Marokkofrage ausweichen wollte?

Ist es wahr, daß Fürst Wilow, als er die jähe Schwendung der Marokkopolitik unternahm, an die Seeresverwaltung die Frage der Kriegsbereitschaft gerichtet hat?

Es ist nötig, daß die deutsche Öffentlichkeit hierüber Aufklärung erhält, da die Richtigkeit dieser Behauptungen die Berechtigung der im Ausland gehegten Befürchtung kriegerischer Verwickelungen bekräftigen würde und weil daraus

dringendste Notwendigkeit ersticht, daß das deutsche Volk die gegenwärtigen Vorgänge der auswärtigen Politik mit aller Aufmerksamkeit und Ernsthaftigkeit verfolgt.

Die Verständigung über die Marokkofrage zwischen Deutschland und Frankreich schreitet nur äußerst langsam fort. Aus Paris wird vom 22. d. Mts. gemeldet:

Die auf Marokko bezügliche Note Frankreichs ist dem deutschen Volkshafter gestern abend übergeben worden. In dem ziemlich langen Dokument gibt Ministerpräsident Rouvier, wie verlautet, zunächst einen historischen Ueberblick über die Frage und hebt die ganz besondere Lage hervor, in der sich Frankreich gegenüber Marokko befindet. Rouvier erklärt dann, Frankreich habe sich als Anhänger der „offenen Tür“ in Marokko, als Anhänger der Integrität des marokkanischen Gebietes und der Souveränität des Sultans gezeigt. Bezüglich der geplanten internationalen Konferenz äußert sich der Ministerpräsident weder zustimmend noch ablehnend; er stellt in der Note gewissermaßen eine akademische Erörterung über die Gründe an, die für und gegen die Konferenz sprechen, und über die Bedingungen, unter denen die Konferenz in den Augen der französischen Regierung ihre Befähigung haben würde.

England und die Marokkofrage.

Unser Londoner Korrespondent sendet bemerkenswerte Ausführungen über die Anschauungen, welche in einflussreichen englischen Kreisen bezüglich der Marokkofrage sowie der internationalen Situation bestehen. Er schreibt unter dem 20. Juni: „In der Marokkofrage kommt ein sehr erster Gegenstand zum Vorschein, der nicht auf bloßen diplomatischen Intriquen, sondern auf sehr realen Verhältnissen beruht.“

Der Gegenstand besteht hauptsächlich zwischen Deutschland und England. Frankreich spielt da nur eine Nebenrolle, die von England aus guten und ehrlichen Gründen gefördert wurde.

Welche Bedeutung hat Marokko für England und Deutschland und welche für Frankreich?

Der Grundgedanke der gegenwärtigen britischen Politik ist die Konsolidierung des Reiches. Dies ist jetzt die Frage aller Fragen für England. Um das Reich zusammenzufassen zu können, bedarf England sichere Seeverbindungen. Denn sein Reich ist in allen Weltteilen zerstreut; seine Reichsglieder können nur durch Dampferlinien und Kabel zusammengehalten werden. Dies sind seine Arterien und seine Nerven. Deshalb braucht es die Freundschaft derjenigen Länder, die an den Seestraßen gelegen sind: Portugals, Spaniens, Italiens und Frankreichs im Mittelmeer, der Vereinigten Staaten im Atlantischen und Stillen Ozean; Japans im Stillen Ozean. Da diese Freundschaften darauf gerichtet sind, den englischen Besitz zu befestigen, so können sie in erster Linie keinen aggressiven Charakter tragen. England will nur das Eroberte behalten, aber nicht vermehren.

Der Grundgedanke der offiziellen deutschen Politik ist der Aufbau eines Kolonialreiches. Ein solcher Aufbau vollzieht sich nicht in idyllischer Ruhe. Ohne Gewalt geht es da nicht ab. Deutschland fühlt sich beengt im nordeuropäischen Wasserwinkel; es fühlt den Druck und will ihn beseitigen. Darüber kann kein Zweifel mehr bestehen. Man muß mit Windheit geschlagen sein, um nicht zu sehen, wie das offizielle Deutschland nach Ausdehnung drängt. Es will vorerst seine Nordküsten erweitern, die Rheinmündung beherrschen, dann atlantische Häfen ertöerben. Allein seine Ausdehnungslinie kreuzt die Seeverbindungen Englands. Hätte Deutschland Capribis Politik geduldig fortgesetzt, so wäre es in seinen so scharfen Gegensatz zu England geraten. In England ist man nicht blind gegen die Notwendigkeit einer deutschen Ausdehnung. Aber die offenkundige Absicht der deutschen Westpolitik, den englischen Onkel totzufassen und ihn zu beerben, erregte natürlich den Verdacht, daß, wenn es mit dem Totfagen nicht ginge, man auch zum Totmachen greifen würde. Verstärkt in diesem Verdacht haben ihn die Flottenrüstungen und die maßlose Schadenfreude über die Vorgänge während des Burenkrieges. Dieser Verdacht ist nicht mehr auszurotten, auch wenn er ganz unbegründet wäre. Der Gegenstand existiert, und die Deutschen tun alles, ihn zu stärken. Sie tun alles, — nicht aus Absicht, sondern aus Ausdehnungsdrang. Da läßt sich nichts vertuschen und nichts verheimlichen. Der Gegenstand ist real und bricht überall hervor, wo es sich um maritimes Unternehmungen Deutschlands handelt. Einem Seebolke, wie dem englischen, kann man in Fragen der Seemacht nichts vormachen.

Der englisch-deutsche Gegenstand und die Erkenntnis seiner Bedeutung zeigte sich drastisch in der Marokko-Frage.

Marokko liegt an einem maritimen Knotenpunkte. Schon bei der Geburt des britischen Reiches — im 17. Jahrhundert — besetzte England Tanger auf einige Zeit. Die marokkanischen Häfen im Weste einer englandfeindlichen Seemacht bedrohen den Bestand des britischen Reiches. Diese Bedrohung ist jetzt um so fühlbarer, als der Gedanke der Reichszusammenfassung sehr lebendig ist. Es ist dieser Gedanke, der England veranlaßt, sich die Freundschaft der westlichen Mittelmeermächte zu erwerben, die alle mit Frankreich durch geschichtliche und kulturelle Bande verknüpft sind. Es ist Englands Bemühen, diese Macht dem Einflusse Deutschlands zu entziehen, da England von Deutschland nichts Gutes zu erwarten hat. Nun ist es seit etwa zehn Jahren das Bestreben Frankreichs gewesen, die lateinischen Völker zusammenzubringen und sie der französischen Kultur zuzuführen. Frankreich kann aber nicht deutschfreundlich sein, so lange der frankfurter Friede nicht revidiert ist.

So lam es, daß England und Frankreich sich in der Mittelmeerpolitik begegnen und einander freundschaftlich näherten.

Der Freundschaft der lateinischen Völker sicher, konnte England ihnen ruhig Nordafrika überlassen. Das Uebereinkommen zwischen Frankreich und Italien und zwischen England, Frankreich und Spanien in bezug auf das Mittelmeer war eine Befestigung des gegenseitigen Vertrauens, aber keineswegs die Einseitigkeit einer Intrige.

Die Ausschließung Deutschlands von Marokko ist eine Lebensfrage für das britische Reich. Sollte sich Frankreich nicht stark genug erweisen, die übernommenen Pflichten zu erfüllen und deshalb Deutschland in Marokko Konzessionen machen, so wäre damit die Marokkofrage keineswegs gelöst. Sie wäre nur auf eine andere Macht übertragen.

Es besteht für mich kein Zweifel, daß ein eigenmächtiges Vorgehen Deutschlands in Marokko einen Krieg mit England zur Folge haben wird. Man soll sich in sozialistischen Kreisen darüber nicht täuschen: Besteht Deutschland auf seinem Verlangen nach der Erwerbung eines marokkanischen Hafens, so ist Krieg unvermeidlich. Da hilft kein Haager Schiedsgericht. Es handelt sich hier nicht um Meinungsverschiedenheiten und kleinliche Kolonialfragen, sondern um eine der wichtigsten maritimen Verkehrsstraßen.

Was tun?
Die vom Sultan verlangte internationale Konferenz wird wahrscheinlich zusammenbrechen. Wird sie die Aufstellung Marokkos oder die Anerkennung der scharifischen Souveränität beschließen, so wird die Kriegsgefahr nicht beseitigt sein. Das einzige Mittel wäre die Neutralisierung Marokkos und die Anerkennung gleicher Handelsrechte für alle Nationen.

Soweit unser Korrespondent. Seine Darlegungen bestätigen den Ernst der auswärtigen Lage, sie geben offenbar die in einflussreichen, ja maßgebenden englischen Kreisen herrschenden Ansichten durchaus richtig wieder.

Es ist notwendig, daß sich das deutsche Volk gründlich dieser Angelegenheiten annimmt. In keinem anderen Staate herrscht so viel Unbekümmertheit um die auswärtigen Angelegenheiten als in Deutschland. Man läßt die Diplomatie schalten und walten; die bürgerliche Presse verzichtet auf jede eigene Urteilsbildung und begnügt sich, die offiziellen Informationen, die sie vom auswärtigen Amt erhält, kritisch zu breitzutreten.

Eine selbständige Meinung bekunden, abgesehen von der Sozialdemokratie, nur die Alideutschen, die Weltpolitiker, welche raslos über neue Aufstellungen der Erblarte spekulieren. Die Ansichten und Bestrebungen dieser Leute finden daher im Ausland weit größere Beachtung, als ihnen zukommt. Zwar darf man sie auch nicht unterschätzen, da nur zu oft schon und allzu sehr die Regierung diesen weltpolitischen Gelächern sich verschrieben hat und da die weltpolitischen Neigungen des Kaisers bekannt sind. In England aber überhäufigt man außerordentlich die Macht dieser Strömung in Deutschland und macht sich deshalb recht falsche Anschauungen über die offizielle deutsche Politik. Es ist bei dem Rückgang des deutschen Rufes gewiß außerordentlich schwer zu sagen, welches die „Grundgedanken“ der deutschen Politik sind. Wir glauben aber nicht, daß als solcher Grundgedanke „der Aufbau eines Kolonialreiches“ bezeichnet werden kann. Auch die Erwerbung der Rheinmündung, d. h. die Angliederung Hollands, der Gewinn atlantischer Häfen und insbesondere eines Hafens in Marokko spielen wohl in alldeutscher Weltphantasie, es kann aber nicht behauptet werden, daß das offizielle Deutschland dergleichen wilde Pläne verfolgt. Andererseits hat die deutsche Regierung allerdings durch ihre forcierten Flottenrüstungen dem Auslande Anlaß zu allerlei Verdacht gegeben.

Es ist in diesem Augenblick nicht erforderlich, die völlige Verantwortlichkeit einer Weltpolitik, wie sie in England der deutschen Regierung zugeschrieben wird, nachzuweisen. Die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes ist jedenfalls unendlich entfernt, phantasievollen Kolonialplänen nachzugehen, die nicht zu wirklichem Gewinn für unsere Nation führen können, wohl aber ungeheure Kriegsgefahr heraufbeschwören.

Zur Wahlbewegung in Bayern.

Aus Bayern wird uns geschrieben:

Nicht viel mehr als drei Wochen trennen uns vom Tage der Wahlmännerwahl, mit der sich das Interesse an den Wahlen im wesentlichen erschöpft, wenn auch diesmal die zahlreichen Kompromisse die Politik bis zum Tage der Abgeordnetenwahl in Atem halten werden.

Die Wahlbewegung ist in vollem Gange. Wenn auch das Interesse der Wähler zwar größer ist, wie bei den Wahlen vom Jahre 1890, so bleibt es doch immer weit zurück hinter dem bei den Reichstagswahlen. Das ungerechte, unnatürliche, in mancher Hinsicht unverständliche Wahlrecht läßt eine richtige Freude an der Wahltagation bei den Massen nicht aufkommen. Dies gilt mehr oder minder für alle Parteien. Wenn nicht besonders populäre Redner eine Anziehungskraft bilden, so sind die Versammlungen der bürgerlichen Parteien selbst in den großen Städten schlecht besucht. Unsere Agitation hat mit großem Eifer auf dem Lande eingesetzt, wo eine unerbittlich größere Zahl von Wahlkreisen bearbeitet wird als jemals vorher. Die Versammlungen sind selbst in Gegenden, wo der Boden für eine sozialdemokratische Landtagswahl-Tagitation nicht vorbereitet war, sehr gut besucht. Die großen Fortschritte unserer Organisation in den letzten Jahren zeitigen ihre Früchte. Es ist ganz unmöglich allen Wünschen nach rednerischen Kräften zu entsprechen, weil uns auch die Agitation für die Reichstagswahlwahl in Fürth-Erlangen-Hersbruck stark in Anspruch nimmt. In den großen Städten München, Nürnberg, Augsburg ist die organisatorische Arbeit längst vollendet, agitatorisch haben wir durch Flugblätter und durch unsere Blätter gewirkt, während wir mit Versammlungen in voller Kraft erst einzusetzen haben, weil bisher das Interesse der Arbeiterschaft auf die Aussperrung des bayerischen Metallindustriellen-Verbandes konzentriert war.

Ueber das Wahlergebnis hört man schon mannigfache Vermutungen; sie sind unzweifelhaft verfrüht, doch dürften die Liberalen trotz der ihnen auf den Leib zugeschnittenen Wahlkreiseinteilung manchen Verlust zu gewärtigen haben. Ihre Organisation scheint nicht recht zu klappen und mit ihrer Einigkeit ist es nicht zum besten bestellt. Trotz ihres gemeinsamen Programmes, trotz der Beschlässe, einträchtig zusammenzugehen, haben sie unter dem Ueberfluß von Kandidaten zu leiden. Mannigfache Eifersüchtelei und getäuschte Hoffnungen vermindern ihre agitatorische Kraft. Ihre Jugendstände an Mittelstandspolitiker und Agrarier werden ihnen manche sonst sichere Stimme kosten. Ihr Bemühen, die Wiederwahl Parbed's zu sichern, nötigt sie zu Zugeständnissen an die Konservativen, was die Hoffnungen der im Fürthener Wahlkreis nicht unbeträchtlichen Demokraten zerstört. Während bei uns über die Kandidatenfrage kein Streit und keine öffentliche Erörterung besteht, sind die liberalen Blätter mit Kandidatenfragen und Kandidatenschmerzen bis zum Ueberdruß gefüllt.

In der Zentrumsparthei wird mit großem Eifer die Wahl vorbereitet; bemerkenswert ist, daß diese Partei, die bisher den

Adel mondatlos gelassen hat, diesmal eine Anzahl Adelige aufstellt, wohl um gesellschaftlichen Strömungen am Hofe Rechnung zu tragen. Bei der ganzen Zusammensetzung der Zentrumsfraktion in der bayerischen Abgeordnetenversammlung dürften sich aber diese neuen Abgeordneten mit der Rolle der Dekoration und gewisser Repräsentation zu begnügen haben. Die Daller, Widler, Orterer und nicht zuletzt Dr. Heim werden die Führung behalten und an ihrem Einfluß nichts mindern lassen.

Das von den Liberalen erzwungene taktische Zusammengehen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie bei den Wahlen wird von den Liberalen immer wieder, aber immer mit dem gleichen Unrecht, als ein „Bündnis“ bezeichnet. Blätter, die sich sonst als gut informiert geben, laien in diesen Tagen so, als ob durch die Wahlabschließung in Augsburg irgend etwas neues festgesetzt wurde, als ob damit etwas zugestanden würde, was bisher von uns verhehelt oder verleugnet worden wäre. Wer die Beschlüsse kennt, die der letzte Augsburger Parteitag einstimmig gefaßt hat, weiß, daß wir überall dort unabhängig in die Wahl eintreten werden, wo wir Aussicht haben, unsere Kandidaten durchzubringen, daß wir aber jede Gelegenheit benützen werden, um liberale Wahlrechtsräuber zu Fall zu bringen. Die gegenwärtigen Wahlen stehen unter dem Zeichen der Wahlreform, diese durchzuführen ist sowohl das Zentrum wie die Sozialdemokratie bestrebt. Beide Parteien werden auf die Einlösung des Versprechens der Regierung beharren, daß nach Fertigstellung eines Etats und der Wahlreform Neuwahlen auf Grund des verbesserten Wahlrechtes ausgeschrieben werden. Einer der Vorteile der Wahlreform soll sein, daß künftig Wahlkompromisse ihre Bedeutung verlieren, daß sie nicht möglich werden. Sozialdemokratie und Zentrum wollen an ihrer prinzipiellen Gegnerschaft nichts geändert haben, sie werden sie auch in der Wahltagation nicht verhehlen, sie werden beide froh sein, wenn dieses taktische Wahlabkommen ihr letztes sein wird. Diejenigen, die am meisten darüber zernern, die Liberalen, hätten es verhindern können, wenn sie nicht mit allen Mitteln die Wahlreform hintertrieben hätten.

Nach dem Augsburger Wahlabkommen mit dem Zentrum sollen im Falle des Sieges bei der Wahl die zwei Mandate des Kreises einem Sozialdemokraten und einem Ultramontanen übertragen werden. Der Gauvorstand wandte sich in einer öffentlichen Erklärung gegen die Vereinbarung, weil sie beschlußwidrig ohne Zuziehung des Gauvorstandes abgeschlossen worden ist. In einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins in Augsburg wurde das Abkommen nach einem Vortrage Rosswagens einstimmig gebilligt.

Deutsches Reich.

Ein Fürst gegen die Sozialdemokratie!

Auf dem Schaumburg-Lippischen Kriegerverbandsfest in Bückeburg hielt der Fürst von Schaumburg-Lippe, der Schwager des deutschen Kaisers, folgende Ansprache:

Kameraden! Vier Jahre sind vergangen, seitdem ich die Kriegervereine des Landes zusammengeführt habe. Wie damals, kann ich auch heute meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß die Zahl der Mitglieder stetig gewachsen, der Geist in den Vereinen ein guter geblieben ist. Ich erwarte aber mit Bestimmtheit, daß dieser gute Geist sich im öffentlichen Leben mehr und mehr betätigt. Gelegenheit wird Euch dazu genügend geboten! Durch straffe Selbsttätigkeit, durch Euer Vorbild, durch Ermahnung und Belehrung könnt Ihr viel und Ersprießliches leisten. Auch heute will ich auf die Bestrebungen der Umsturzpartei hinweisen, die darauf hinausgehen, die Grundlagen eines jeden geordneten Staats- und Gemeinwesens zu untergraben. Diese Partei kann nicht kräftig genug bekämpft werden. Es sei Euer Stolz, daß Ihr als alte Soldaten in erster Linie dazu berufen und verpflichtet seid. Laßt ihr ähendes Gift nicht in Eure Vereine dringen, haltet Eueren Ehrenschild frei von häßlichen Flecken, gedenkt Eueres Eides, Gut und Blut zum Wohle des Vaterlandes einzusetzen: Treu bis in den Tod für Kaiser und Reich, Fürst und Vaterland! bleibe Euer Wahlpruch. Daß wir so denken, so fühlen, bekräftigen wir durch den Ruf: Der erhabene Schirmherr des deutschen Vaterlandes, unser oberster Kriegsherr Se. Majestät der deutsche Kaiser Wilhelm II. hurra!

Es sei der Sozialdemokratie fern, dem Fürsten von Schaumburg-Lippe mit der gleichen Münze heimzuzahlen, die er gegen eine große politische und kulturelle Partei auszugeben beliebt. Nicht weil der Fürst durch ein Sonderrecht gegen nachdrückliche Abwehr seiner Angriffe geschützt ist, sondern weil diese Angriffe der Sozialdemokratie auch nicht einmal die Haut rigen. Vielmehr begreift die Sozialdemokratie vollkommen die Anschauungen des Fürsten. Wer durch Erbgang sich an die Spitze eines Staates oder Staatthens gesetzt sieht, ist natürlich geneigt, das Staats- und Gemeinwesen, dem er vorsteht, als ein „geordnetes“ anzusehen. Er ist ebenso natürlich geneigt, den „Geist“ der Kriegervereine, den wir anderen als Geist aller Nichtständigkeit und Unterwürfigkeit zurückweisen, als „guten Geist“ zu feiern. Er ist vor allem auch geneigt, „ähendes Gift“ in den Bestrebungen derer zu spüren, welche weder vor der Institution des monarchischen Erbregens noch vor den Privilegien der heiligen Heeresordnung noch vor den Ungerechtigkeiten der heutigen Wirtschaftsordnung den geringsten Respekt in sich tragen.

Nur ein Bedenken sollte dem Fürsten bei seinem heißen Eifer wider die Sozialdemokratie aufstoßen. Bei der Reichstagswahl von 1903 gab es im Fürstentum Schaumburg-Lippe 9556 Wahlberechtigte, von denen 7290 zur Wahlurne gingen. Unter ihnen wählten 2310 Wähler sozialdemokratisch, ihr Kandidat gelangte in die Stichwahl, in der er 3241 Stimmen erhielt, während der nationalliberale Kandidat 4553 Stimmen erhielt. Das zeigt, daß trotz des „guten Geistes“ der Kriegervereine das „ähende Gift“ in Schaumburg-Lippe weit um sich gefressen hat. Und der Fürst von Schaumburg-Lippe, der doch auch der Vater und der Vaterland seines Völkchens zu sein beansprucht, stellt sich, wenn er gegen die Sozialdemokratie eifert, in scharfem Gegensatz zu beinahe schon der Hälfte der Bevölkerung seines Landchens! Wenn es ihm also behagt, wir haben nichts dawider!

Die Beratung des Berggesetzes findet am 28. Juni im Herrenhause statt.

Die „Hamburger Nachrichten“ bemühen sich mit folgenden Erwägungen, die Herren doch noch zur Ablehnung zu veranlassen:

Das Herrenhaus wird sich auch der Erwägungen nicht verschließen dürfen, daß im Deutschen Reich überhaupt gar keine andere Politik mehr getrieben wird als Arbeiterpolitik oder solche, die dem Zentrum gefällt. Daß andere Klassen und Stände ebenfalls ein Recht auf Schutz ihrer Interessen durch die Gesetzgebung haben, ist vollständig vergessen. Bequem ist ja diese Politik; sie vermeidet Kämpfe und Risiken, denn die zurzeit bedenklichsten Bedenkungsfragen sind nicht in der Lage, mit Revolution oder Attentaten zu drohen, oder, wie das Zentrum, eine kompakte Mehrheit in der Wahlgänge zu werben. . . . Bleibt das Herrenhaus sich so wird es nicht nur dem eigenen Vaterlande einen großen Dienst erweisen, nicht nur der Regierung eine heilsame Lehre erteilen, sondern auch sein eigenes Ansehen bei den besten Kreisen der preussischen Bevölkerung in hohem Maße heben. Das Herrenhaus würde sich nicht nur populär machen, sondern vor allen Dingen auch ruhmreich als bronze etablieren, an dem das sozialistische Karrenschiff unserer Zeit zerbrechen könnte. Niemand aber kann wissen, wie dringend nötig der führende deutsche Bundesstaat seines Herrenhauses in der Zukunft bedürfen wird, nachdem es leider sicher erscheint, daß die Absichten der

maßgebenden Stellen darauf gerichtet sind, schrittweise gegen Volk und Bildung zu regieren und sich in Ermangelung der Zustimmung dieser auf die begehrenden Massen zu stützen.

Das Berggesetz als „sozialistisches Karrenschiff“ ist eine prächtige Entdeckung. Wir sehen noch die Zeit kommen — wo die Burg- und Kirddörfer aus Verzweiflung über ihre Unterdrückung durch die künstlich billige Massenpolitik sich auf die Fabrikation von Bomben legen.

Die Berggesetzkommission des Herrenhauses beendete am Donnerstag nachmittag ihre Arbeiten mit der Erledigung des Berggesetzes über die Sperre von Mutungen auf Steinkohle und Steinsalz für die Dauer von längstens zwei Jahren. Sie nahm daran eine Aenderung vor, die das Abgeordnetenhaus, falls das Plenum des Herrenhauses dieser Aenderung zustimmt, zwingen wird, sich nochmals mit der Vorlage zu befassen und damit die Dauer der Landtagstagung noch etwas weiter hinausschiebt. Die Regierungsvorlage, der das Abgeordnetenhaus zugestimmt hat, nimmt von der zeitweiligen Sperre alle diejenigen Mutungen aus, die auf Grund von Schürfungen eingelegt werden, welche vor dem 31. März 1905 begonnen worden sind. Auf Antrag des Fürsten Hohenlohe beschloß die Kommission mit zwölf gegen sieben Stimmen an Stelle dieses Terms den Tag der Verkündung des Gesetzes zu setzen — eine Erleichterung für die Mutungsinteressenten. Dagegen lebte die Kommission den Antrag Wächler, die zeitweilige Sperre auf Steinsalzmütungen zu beschränken, mit 11 gegen 8 Stimmen ab. Gleichfalls abgelehnt wurde ein Antrag des Oberbürgermeisters Marx-Düsseldorf, betreffend das Besteuerungsrecht der Gemeinden. In der Gesamtstimmung wurde schließlich der durch die Annahme des Antrages Hohenlohe abgeänderte Berggesetzentwurf mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen.

Die Fleischsteuerung, auf die wir seit Monaten hingewiesen haben, nimmt gemeingefährliche Formen an. Die Aufhebung aller Einfuhrverbote muß unverzüglich verlangt werden. Der Fleischwucher, den die edelsten Viehverkäufer mit Hilfe der Gesetzgebung und der Verwaltungsmassnahmen treiben dürfen, muß wenigstens in etwas eingeschränkt werden.

Ein Artikel der „Allg. Fleischzeitung“ schreibt über die Kalamität u. a.:

In Deutschland sind selbst im Jahre der Fleischnot 1902 die Schlachtviehpreise nicht so hoch gewesen. Die Teuerung ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Unsere heimische Schlachtviehproduktion hat unter dem Futtermangel gelitten; aber auch in den Nachbarländern Oesterreich und Dänemark ist aus dem gleichen Grunde die Vieherzeugung zurückgegangen, und die Einfuhr hat dadurch und infolge der Einfuhrerschwerungen abgenommen. Eine Erleichterung der Einfuhr würde auf die Vieh- und Fleischteuerung ganz gewiß mildern einwirken. Schon durch die Befreiung der Einfuhr, ja schädlichen und kostspieligen Quarantäne für dänisches Rindvieh würde die Einfuhr bedeutend gefördert werden. Weshalb soll bei dänischem Rindvieh nicht zugelassen werden, was bei österreichischem möglich ist? Bei Schweinen würde die Dämpfung der russischen Grenze zweifellos einen ganz erheblichen Preisdruck bewirken. Die Frage der Fleischversorgung muß um so schwerer genommen werden, als die neuen Zolltarife die Hölle noch ganz erheblich hinausschrauben.

Man kann nach diesen Erscheinungen vorausnehmen, was wir erst erleben werden, wenn die Wucherhölle der neuen Handelsverträge in Kraft treten werden. Alle kleinen Erzeugnisse, welche die Arbeiter unter unfähigen Opfern an Lohnverbesserungen durchgesetzt haben, werden durch die Wucherpolitik mit einem Schläge wieder beseitigt, die Lebenslage der Arbeiter wird bedeutend verschlechtert.

Wie das Zentrum die Armen schätzt. Die Stadtverordnetenversammlung in Aachen hat, so wird uns geschrieben, dieser Tage die Eingemeindung der Landbürgermeisterei Forst in die Gemeinde Aachen genehmigt. In Aachen bestehen noch die örtlichen Verbrauchssteuern auf Fleisch, Margarine und Brennmaterialien. Die letztere belastet besonders die Industrie. Die Eingemeindung von Forst wäre wohl schon lange zustande gekommen, wenn nicht das dort maßgebende Hüttenwerk Rote Erde sich hätte die Brennmaterialsteuer vom Hals halten wollen, da mit der Eingemeindung als Beigabe die örtlichen Verbrauchssteuern übernommen werden müßten. Aber man fand einen Ausweg: Die Stadtverordneten-Versammlung in Aachen, in der das Zentrum die Mehrheit hat, genehmigte einen Eingemeindungsvertrag, wonach der neue Gemeindevorteil alle in Aachen bestehenden Steuern, Lasten und Verbrauchssteuern mit Ausnahme der Brennmaterialiensteuer übernimmt. Daraus ergibt sich das folgende: Der reiche Aachener Hütten-Artien-Verein Rote Erde, der jährlich drei bis vier Millionen Mark Reingewinn macht, wird von der Brennmaterialiensteuer freigelassen; der armen Bevölkerung der Landbürgermeisterei Forst aber, die vielfach aus miserabel bezahlten Arbeitern besteht, wird die Fleisch- und Margarinesteuer aufgeladen. So treibt man im Zentrum praktische Arbeiterpolitik und so schlägt man die Armen! —

Ausland.

Die ungarischen Wirren.

Ueber das Wesen des Ministeriums Fejervary, dessen Stämpfung bereits in der ersten Sitzung des Reichstags vollzogen wurde, schrieb unser Korrespondent noch vor Eröffnung des Parlaments:

Daß sich Baron Fejervary dem Erluchen der Krone, die Regierung zu übernehmen, nicht zu entziehen vermochte, ist ganz begreiflich; ist er es doch, der an den nun ins Riesengroße angewachsenen Schwierigkeiten in Ungarn die Hauptrolle trägt. Fejervary war, als der ewige Honved-Minister (Nationalminister), der alle Ministerwechsel überdauerte, der spezielle Vertrauensmann des Kaisers, eine Art Aufpasser in Budapest, der darüber zu wachen und zu berichten hatte, ob sich die Minister genügend „dynastisch“ aufführten. Als nun unter Szell die Obstruktion ausbrach und die bekannte Militärsvorlage, wodurch das Rekrutenkontingent unbeträchtlich erhöht werden sollte — der Ursprung aller der nachfolgenden und gegenwärtigen Wirren — in einen durch ein Jahr sich erziehenden Redestrom ersankt wurde, war es der Fejervary, der dem alten, für derlei Ratschläge allzeit empfänglichen Kaiser den Pfad ins Ohr setzte, der verständige und milde Szell sei zu schwach und es müsse der revolutionären Obstruktion eine „starke Hand“ entgegengesetzt werden, als welche Hand sich die unglückliche des Grafen Stephan Tisza nachher so herrlich bewährte. Wenn sich nun Fejervary zu der Übernahme bereit erklärte, ein Ministerium zu bilden — was in Ungarn nur die allergrimmigste Verachtung, außerhalb Ungarns das lauteste Gelächter weckt, so war es nicht allein die soldatische Ergebenheit, die ihn veranlaßte, einem Wunsch der Krone die Erfüllung nicht zu verweigern, sondern vor allem die Empfindung, durch seine einseitigen Ratschläge den alten Kaiser in diese gräßlichen Verlegenheiten gebracht zu haben.

Die grundsätzliche oder dieses Ministerium ist, geht am deutlichsten daraus hervor, daß der alte General nicht nur bloß die Rolle des Ministerpräsidenten und des Ministers, der nach der ungarischen Verfassung, immer um die Person Sr. Majestät sein soll (des Ministers am königlichen Hoflager), übernimmt, sondern auch Finanzminister wird — obwohl er mit Finanzen nur in der Form von Wechselkursen Bekanntschaft pflegt. Er mußte sich zu der natürlich rein formalen Leistung deshalb verlegen, weil Ende dieses Monats die Verfügung der Krone über die Quote (das Beitragsverhältnis der beiden Staaten zu den gemeinsamen Ausgaben) zu gegenzeichnen ist und diese politische Handlung der Regierung, die wohl ihre einzige sein wird, wegen ihrer verfassungsmäßigen Bedenklichkeit niemand anders vertreten mag und verantworten will.

Kritisch tritt diese Regierung nur ins Amt, um sofort zu demissionieren. Politisch wird ihr Schicksal sofort besiegelt sein. In der Sitzung, in welcher sie sich dem Abgeordnetenhaus vorstellen wird, wird ihre die Mehrheit des Hauses das schärfste Mißtrauen ausdrücken. (Das ist inzwischen eingetroffen.) Es ist ausgeschlossen, daß diese Minister mit dem Parlament regieren, daß sie überhaupt

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

22. Sitzung vom Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr. Der Vorlage wegen Festsetzung von Pachtlinien für eine 18 Meter breite Alleestraße am rechten Spree-Ufer von der Baisbrücke bis zum Mühlendam hat der eingeleitete Ausschuss mit allen gegen 1 Stimme zugestimmt und beantragt, dem Magistrat zum Abschluss der erforderlichen Verträge mit dem Fiskus zu ermächtigen. Die gleichzeitig im Ausschuss gegebene Anregung, behufs der Verbreiterung und Regulierung des Spreebettes den Insektenspeicher oder Teile davon zu enteignen, hat die Mehrheit abgelehnt, es sind aber mit dem Eigentümer Strich wegen freihändigen Erwerbes Verhandlungen gepflogen worden, über deren Ergebnis indessen in dem vom Stadtv. Kreising erstatteten Bericht nichts mitgeteilt wird. Die Magistratsvorlage wurde angenommen.

Im Anschluß an die Magistratsvorlage wegen anderweiter Benutzung des Rummelsburger Waisenhauses ist die Frage, ob offene oder geschlossene Familienpflege, ob Familien- oder Anstaltspflege, prinzipiell zur Erörterung gestellt und in dem betreffenden Ausschuss nochmals diskutiert worden. Die Magistratsvorlage, unter anderem Herr v. Friedberg, haben in der erneuten Ausschussberatung der Kostpflege ein Loblied gesungen und die Anstaltspflege für eine veraltete, überholte Einrichtung erklärt. Alle Einwendungen der sozialdemokratischen Ausschussmitglieder sind wirkungslos geblieben: Der Umbau des Hauses V zu einem Säuglingsheim, der Umbau des Schulgebäudes zu einem Stiefelhause, des Anabenhause II zum Schulhaus sind genehmigt worden, der Antrag auf Neuerrichtung zweier Anabenhäuser wurde abgelehnt.

Ueber die Ausschussverhandlungen berichtet in einer halbstündigen Ausführung Stadtv. Mischelet.

Stadtv. Verstein (Soz.): Durch die Annahme der Vorlage würde ein ganz falscher Weg beschritten werden. Man schwört heute auf Familienpflege, nachdem sich die amtlichen Berichte für 1895-1900 noch außerordentlich günstig für die Anstaltspflege ausgesprochen haben. Den Vorwurf der Fiskalität halten wir durchaus aufrecht. Mit dem Vorsitzenden der Waisendeputation, Herrn Stadtv. v. Friedberg, gehe ich in dem Bestreben, den kranken und reformbedürftigen Waisenkinder zu helfen, überein. Seine Pläne dafür sind gescheitert und man ist bei Rummelsburg geblieben. Leider vermisse ich eine vergleichende gute Statistik. (Sehr richtig!)

Die Wehrlinge aus der Anstalt, die entlassen sein sollen, sind zumeist entlaufen, weil die Meister mit ihnen geradezu barbarisch umgegangen sind. Die Wehrlinge, die Schiffbruch gelitten haben, kehren oft zur Anstalt zurück und bitten um Rat. Nun soll die Rummelsburger Schule nicht genügen. Ja, in Berlin wird das Ziel der Gemeindefürsorge doch auch lange nicht von allen erreicht. Es wird ferner über die Unselbständigkeit der Kinder in Rummelsburg geklagt. Den Kindern wird gewiß einige Freiheit gewährt, aber hier könnte viel geschehen, wenn wir, die Mitglieder der Deputation, die eigentlichen Waisenväter wären; denn ein trauriges Kapitel dieser Materie ist es, daß unter den Waisenvätern viele geistlichen Standes sind, die nur darüber wachen, daß ein katholisches oder jüdisches Kind ja nicht etwa protestantisch Milch zu trinken bekommt. (Weiterkeit.)

Gegen diese Hanatiker sind die anderen Waisenväter oft die reinen Waisenkinder. (Erneute Weiterkeit.) Ueber die Familienpflege habe ich zwei Berichte der Inspektoren eingesehen, die denen der Waisenväter doch sehr widersprechen; dort ist von einzelnen Fällen berichtet, wo die Kinder im Schmutz verkommen und an Körper und Geist leiden. Das Kinderzahl mit seinen geradezu idealen Zuständen sei das beste Zeugnis für die Vorgänge der Anstaltspflege. Kämen aber diese Säuglinge auf das Land, so könne es sich ereignen, wie es in Spandau geschehen sei, daß dem Kinde in der Flasche eine nussfarbene Brühe, mit Kohlblättern vermischt, verabfolgt werde. Das hat eine Inspektorin festgestellt! Die kleinen Leute, die mit Pfennigen rechnen müssen, halte ich nicht für schlechte Menschen, aber sie müssen bei den Pfinglingen ihren Vorteil wahrnehmen. Alle Einwände, daß die Anstaltspflege Fabrikarbeit darstelle und an militärische Einrichtungen erinnere, die wir doch sonst bekämpfen, zeigen, daß man unsere Prinzipien nicht versteht. Wir können leider unsere uns vorfindenden Anstaltsinstitutionen nicht mit einem Zauberbeschluss schaffen, aber wir können alle Sächlichen, die ein Herz haben, bitten, sich uns anzuschließen. Wir beantragen, die Magistratsvorlage abzulehnen und noch einmal in gemeinsamer Deputation darüber zu beraten, ob für die Waisen Anstalts- oder Familienpflege geboten ist. (Beifall.)

Stadtv. Stadhagen (Soz.): Seit 1895 sind die Berichte bis 1900 steigend günstiger geworden für die Anstaltspflege. Seit 1900 hat sich nichts geändert als der Leiter der Waiserverwaltung und seitdem wird die Anstaltspflege anders beurteilt. Offenbar sollte damals gegen die Anstaltspflege vorgegangen werden. Ich habe feinerzeit dringend gebeten, die Familienpflege nicht in kleine Städte zu verlegen; das wurde auch zugehört; heute sehen wir, daß die Kinder sogar in Orte mit einlässiger Schule gebracht werden. Nach dem Bericht des Referenten soll das in Zukunft zwar nicht mehr vorkommen, aber das ist abzuwarten. Die früheren Zöglinge der Anstalt haben dringend gebeten, diese nicht ganz eingehen zu lassen. Aus allem drängt sich der Argwohn auf: da scheint doch seit 1900 nicht mehr objektiv berichtet zu sein. Wägen die Gründe für die Tendenz gegen die Anstalt auch die besten sein, sie richten sich aber gegen ein Institut, auf das wir stolz sein können. Bis 1900 ist in jedem Bericht nur Lobendes gesagt, während von da an die Hauspflege gerühmt wird. In dem Bericht des Inspektors Vorkholz von 1902 über die

Hauspflege auf dem Lande

werden aber doch 3 v. 23 Fälle angeführt, wo die Kinder entfernt wurden, weil sie zu schweren ländlichen Arbeiten herangezogen wurden, in 12 Fällen zum Viehhüten, obwohl dieses ausdrücklich verboten ist. Was soll da die Versicherung, in Zukunft würden die Kinder in Orte mit einlässiger Schule nicht mehr gelegt werden? Ich bitte dringend um Annahme unseres Antrages, handelt es sich doch um das körperliche und geistige Wohl von Kindern. (Beifall.)

Stadtv. v. Friedberg: Wir sind auf Grund der gemachten Erfahrungen zu den Vorschlägen gelangt, die in der Vorlage zum Ausdruck kommen. Zu dem, was mir persönlich zum Vorwurf gemacht wird, bemerke ich, daß die Herren meinen Einfluß überschätzen; die Berichte der Inspektoren geben allein von diesen aus. Fiskalische Rücksichten zur Einbringung der Vorlage sind absolut für uns nicht maßgebend gewesen. Einer der tüchtigsten Pädagogen in Rummelsburg hat der Familienpflege den Vorzug gegeben.

Stadtv. Tolkendorf (Soz.): Ich unterscheide zwischen der auswärtigen Kostpflege und der Kostpflege, die in Berlin ausübt wird. Charlottenburg gibt gar keine Kinder nach auswärts, höchstens nach Berlin, und darin dürften wir nicht zurückbleiben. Als Beispiel führe ich an, wie ein 13jähriger Knabe von einem Bauern zu einem anderen gegeben wurde und dort tödlich verunglückte, ohne daß die wirtliche Schläge je festgestellt wurde. Ich hätte noch eine Reihe solcher Fälle anzuführen, bitte aber nur kurz, unseren Antrag anzunehmen.

Stadtv. Gaffel (A. L.): Wir sind der Ansicht, daß auch eine beste Anstaltspflege ihre Schattenseiten hat und immer hinter der Familienpflege im allgemeinen zurückstehen muß. Im übrigen stelle ich namens auch der Kollegen Mommensen, Witte und Preuß den Antrag, die Magistratsvorlage anzunehmen und weiter ebenfalls wie Herr Verstein, nochmals in gemeinsamer Deputation zu beraten, ob Anstalts- oder Familienpflege für die Waisen vorzuziehen ist.

Nachdem Stadtv. Straßmann nochmals die Magistratsvorlage empfohlen hat, wird ein Schlußantrag angenommen und in der Abstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Magistratsvorlage angenommen, einstimmig angenommen wurde der Antrag auf nochmalige prinzipielle Erörterung der Frage in gemeinsamer Deputation.

Stadtv. Gaffel (A. L.) berichtet sodann über die Vorlage wegen Errichtung von Hafen-, Bahn- und Speicherkantlagen

regieren können. Aber sie werden im Amte bleiben, sie werden nicht, wie die früheren Minister, die Mitglieder des Kabinetts Tisza, auf ihre Ablösung drängen; sie werden so lange im Amte bleiben, als man ihnen das Gehalt zahlen wird. Es werden also in den verschiedenen Bureaus Menschen sitzen, die Minister vorstellen, die die an sie als Instanz gelangenden Akten unterschreiben können. Ganz ausgeschlossen ist es aber, daß man zu irgend welchen Gewaltmitteln greifen wird. Weder werden die Steuern eingehoben, noch die Rekruten eingezogen — für beides fehlt die parlamentarische Bewilligung, und über ihren Mangel sich hinwegzusetzen wird kein Feiertag wagen, wird die Hofburg, so lange Franz Joseph lebt, nie unternehmen. Zu einer gefeierten Arbeit wird es keineswegs kommen, ebensowenig ist zu erwarten, daß die neue Regierung die Verhandlungen über die Handelsverträge mit Rußland, Belgien, mit der Schweiz und mit den Balkanstaaten führen wird, obwohl tatsächlich die höchste Eile not tut, da die Verträge mit Bulgarien und der Schweiz schon Mitte September verfallen und alle übrigen gekündigt sind. Kurz mit der Ernennung des Barons Fejerbarj und seiner Ministerkollegen wird an der schweren und peinlichen Krise nichts gebessert, nicht eine Frage gelöst. Wohl aber wird durch dieses Hineingeschneite, schon im Zukunft einfach beizulebende Kabinett die Stimmung in Ungarn noch mehr erbittert, zur leidenschaftlichen Entrüstung gesteigert werden.

Wie sich unter solchen Aussichten die Zukunft gestalten könnte, ist nicht zu sagen. Der Streit dreht sich heute, wo über die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Gemeinsamkeit der beiden Staaten festzuhalten, auch die Ungarn nicht mehr im Zweifel sind, ausschließlich um die Militärkonfessionen, wo der Kaiser über die schon bewilligten Zugeständnisse nicht hinausgehen will, wogegen die neue Mehrheit die wenn auch vorläufig nur platonische Anerkennung des Rechts Ungarns auf die magyarische Kommandosprache begehrt. Daß um einer solchen Forderung willen das ganze öffentliche Leben in die schärfsten Wirrnisse gestürzt wird, und der Triumph, daß die ungarischen Rekruten magyarisch kommandiert werden, der Reichstagsmehrheit so gewichtig erscheint, um feinetwillen die schwerste Krise über das Land heraufzubeschwören, die seit 1848 das Land erschüttert hat — das ist sicher selbst für Menschen außerhalb des ungarischen Gebietes nicht leicht begreiflich. In der Forderung steckt eben mehr „Symbolisches“ als Reales; sie drückt das Sehnen der Magyaren nach unbeschränkter nationaler Selbständigkeit und Unabhängigkeit aus; andererseits wirkt natürlich die Klassenatur des ungarischen Reichstages mit, und in diesem Parlament der Adligen und Advokaten haben natürlich „nationale“ Fragen über die einfachsten wirtschaftlichen und sozialen Interessen das Übergewicht.

Wie immer man diese beispiellose Krise äußerlich beendet wird: die in dem Jahre 1897 unter so schweren Opfern erzielte Verständigung zwischen „König und Nation“ ist unüberwindlich dahin. Abgesetzt wird der König von Ungarn nicht werden, aber entthront ist er bereits, und auch seine Herrschaft wird, wie die des Schwedenkönigs in Norwegen, in Ungarn als Fremdherrschaft empfunden. Er mußte einen General kommandieren, um einen Minister zu bekommen.

Budapest, 21. Juni. Die Unabhängigkeitspartei beschloß in einer heute abgehaltenen Konferenz, in allen Gemeinden und im ganzen Lande einen passiven Widerstand gegen das unparlamentarische Regime ins Werk zu setzen. Der leitende Ausschuss der koalitierten Linken beschloß, während der Dauer der Vertagung des Reichstages ununterbrochen zu tagen, um die Regierung zu kontrollieren. Die liberale Partei nahm auf Antrag Tiszas eine Resolution an, welche ausdrückt, daß sie die heute erfolgte Vertagung des Reichstages als gegen den Parlamentarismus verstoßend erachtet, sie nicht billigt und jede Solidarität mit dieser Handlung der Regierung verweigert.

Belgien.

Eine Konferenz der belgischen Gewerkschaften wurde am Sonntag in Lüttich abgehalten. Erschienen waren 201 Delegierte für 163 Gruppen; von diesen sind 154 der Arbeiterpartei angeschlossen, während sich 11 „neutrale“ Gruppen nennen; der Arbeitsminister war durch einen Kommissar vertreten. Nach den Berichten aus den einzelnen Versammlungen und Orten verhandelte die Konferenz (deren Dauer übrigens nur auf einen Tag festgesetzt war) über die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung. Die belgische Regierung plant eine Unterstüßung der Arbeitslosen durch Subventionierung von Unterstüßungsvereinigungen, die zum Zweck der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit erst gegründet werden sollen. Hiergegen protestierte die Gewerkschaftskonferenz und resolvierte, daß die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in geeigneter Weise nur auf der Basis der Gewerkschaften durchgeführt werden könnte. Auf Antrag Vanderweles wurde dann beschlossen, einen „Gewerkschaftstag“ zu bestimmen, an welchem im ganzen Lande Versammlungen zugunsten der Gewerkschaftsbewegung abgehalten werden sollen.

Italien.

Kongress italienischer Eisenbahnarbeiter.

Rom, 19. Juni. (Fig. Ver.) Die Eisenbahner-Organisation „Il Riscatto“ hat vom 13. bis zum 18. Juni ihren Kongress in Mailand abgehalten. Die Arbeiten, an denen 50 Delegierte teilnahmen, die 68 Abteilungen mit ungefähr 85 000 Organisierten vertreten, verliefen in hohem Maße stürmisch. Da der Plan besteht, die beiden großen Eisenbahner-Organisationen, Riscatto und Federazione, zu einer einzigen zu vereinen, wozu demnächst ein neuer Kongress zusammenzutreten wird, war kein Grund zur Diskussion innerer Gewerkschaftsangelegenheiten gegeben. Der Kongress beschäftigte sich hauptsächlich mit dem letzten Streik, und es ging dabei recht scharf über die Parlamentsfraktion her, von der die Streikkommission behauptet, sie hätte am letzten Tage des Streiks gedroht, unter Umgehung der Kommission die Eisenbahner direkt zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern.

Ueber den Streik gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Nach Kenntnisnahme der Verantwortlichkeit, die der sozialistischen Parlamentsfraktion, der Generalkommission der Gewerkschaften und der Agitationskommission der Eisenbahner zufällt, erklärt der Kongress, das Verhalten der Parlamentsfraktion und der Generalkommission, die beide aus falschem Selbstgefühl und aus prinzipieller Ablehnung der direkten Aktion ihre Pflichten gegen die im Kampf stehenden Eisenbahner außer acht ließen, nicht zu billigen und hebt hervor, daß die mangelnde Solidarität der Fraktion und Generalkommission durch jene Tendenz bestimmt worden ist, die theoretisch und praktisch den Kampf gegen das Privatkapital von dem Kampf gegen den Staat trennen will.

Der Kongress spricht die Hoffnung aus, daß auf dem nächsten Gewerkschaftskongress die organisierten Arbeiter, aus den Lehren des jüngsten Streiks Nutzen ziehend, ihren Vertretern eine den wahren Interessen und den Zwecken des Profetarats entsprechende Aktion aufzwingen werden, Reist von einer Beschlussfassung über die Streikkommission ab und geht zur Tagesordnung über.

Die zum Kongress eingeladenen Abgeordneten Bissolati, Morgati und Cabini waren anderweitig beschäftigt und daher nicht erschienen, auch hatte die eingeladene Gewerkschaftskommission keine offiziellen Vertreter geschickt.

Ueber die Maßnahmen gegen die Streikbrecher unter den Organisierten waren nicht weniger als 15 Tagesordnungen eingebracht, von denen nach langer erbitterter Diskussion die folgende angenommen wurde:

Die zu ihrem Landeskongress zusammengetretenen Vertreter des Riscatto beschließen den Ausschluß aus ihrer Organisation aller jener Mitglieder, die, obgleich sie Vertrauensstellungen in der Gewerkschaft bekleiden, durch Entzählen vom Streik ihre Genossen betrogen haben; dieselbe Maßnahme ist gegen alle Mitglieder zu treffen, die durch Wort oder Tat ihre Unwürdigkeit bewiesen haben, wobei den Lokalkomitees freigestellt wird, die anderen in der Organisation zu lassen, für die das Fernbleiben vom Streik mehr durch äußere

Verhältnisse als durch Mangel an Solidarität und Klassenbewußtsein bestimmt wurde.

Aus den weiteren Verhandlungen ging hervor, daß die wirtschaftliche Lage des Riscatto gut ist, während die der Federazione, die 21 550 Mitglieder zählt, viel zu wünschen übrig läßt. Die Kosten des Streiks, die übrigens nur 30 000 Lire betragen, werden deshalb fast ausschließlich dem Riscatto zur Last fallen. Im nächsten Monat hält die Federazione ihren Kongress ab, dem der Einheitskongress folgen wird.

England.

Die Durchsicht der in der Armeeverwaltung. London, 22. Juni. Im Unterhause kündigte der Premierminister Balfour eine Bill an, wonach der königlichen Kommission zur Untersuchung der Verträge bei den Lieferungen für die Truppen in Südafrika besondere Vollmachten verliehen werden sollen. Die Opposition wird am 26. Juni ein Tadelsvotum gegen die Regierung wegen dieser Vorkommnisse beantragen.

Der englische Genossenschaftskongress, der gegenwärtig in Paris tagt, verwarf mit 501 gegen 105 Stimmen den von einem Delegierten beantragten Eintritt in das Arbeitervertreter-Komitee. Dagegen sprach man sich allgemein für die politische Betätigung der Genossenschaftler und ihre Teilnahme am Staatsleben aus.

Griechenland.

Ministerwechsel. Athen, 22. Juni. Das Ministerium hat seine Entlassung gegeben. Der König hat infolgedessen Kalli mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt. Man hält die Lage für schwierig.

Der Krieg.

Vorpostengefächte.

Tokio, 21. Juni. Wie amtlich bekanntgegeben wird, besetzte eine japanische Abteilung in der Gegend von Weijuanpumen am 19. Juni Bientanwei, ohne auf Widerstand zu stoßen; sie besetzte ferner Jangmulinzu, 20 Meilen nordöstlich von Weijuanpumen und verdrängte den Feind, der nach der nach Kirin führenden Straße zu mehr nordwärts weiterging. Eine andere Abteilung vertrieb am 19. Juni den Feind aus Jangzuling, zehn Meilen nördlich von Weijuanpumen, und besetzte die Hügel nordwestlich von Schihaiwozu, das nördlich von Jangzuling gelegen ist; sie verdrängte auch den Feind, der dort die Stellungen im Norden und Nordosten innehatte. In der Gegend von Tschangtu rückte eine Abteilung der Japaner gegen die Eisenbahn vor, vertrieb den Feind und besetzte die Hügel südlich von Suimeaozu, 18 Meilen nordöstlich von Tschangtu. Beide Parteien haben in diesen Kämpfen nur leichte Verluste erlitten.

Russische Demurrage.

Aus Petersburg wird dem „L. B.“ vom 20. Juni geschrieben:

Privatdepeschen schildern die Lage in der Mandchurie als beunruhigend. Die Japaner operieren längs einer Front, die sich über 400 engl. Meilen von der Grenze der Mongolei bis in das nördliche Korea erstreckt. General Ritschenko, der von den Japanern durch eine Umgebungsbewegung aus Liaohangwoping verdrängt wurde, soll es gelungen sein, sich der Umklammerung in geschickter Weise zu entziehen, aber selbst wenn das wahr wäre, würde es die allgemeine Lage nicht beruhigen. Die Russen bleiben immer im dunkeln darüber, an welchem Punkte ihrer 400 engl. Meilen langen Front der Feind den entscheidenden Schlag führen wird. Drei japanische Heereskörper bewegen sich in Nordkorea parallel der Küste und schwenken aufeinander auf die Poffiel-Vai zusammen, wohin eine große Transportflotte von Genjam abgegangen ist.

Russische Barbarei an den eigenen Verwundeten.

Das „L. B.“ gibt folgenden Bericht der „Ruz“ vom 15. d. M. über einen Verwundetentransport auf dem Rückzuge nach der Schlacht bei Liaohan wieder:

In dem Sanitätszug, der zuerst Zieling passierte, waren mehr als 1000 Kranke und Verwundete in fünfzig Güterwagen untergebracht. Sie waren nicht gleichmäßig verteilt, sondern wie Stücke Holz hineingeworfen worden. In manchen Wagen lagen fünfzig Verwundete und in anderen nur fünf. Eine Trennung von Kranken und Verwundeten hatte nicht stattgefunden. Leute mit zerschossenen Eingeweiden lagen neben Dysenteriekranken. Da die Wagen in der Mitte durch eine Lage Bretter in eine obere und eine untere Hälfte geteilt waren, so sahen wir viele Fälle, wo die auf der oberen Reihe liegenden Dysenteriekranken die regungslos auf dem Boden liegenden Verwundeten verunreinigten.

In anderen Waggons liegen Typhustranke mit Verwundeten; einige der ersteren ließen im Delirium im Wagen hin und her und traten auf den zerschmetternen Knochen ihrer Kameraden herum. Im ganzen Eisenbahnzuge war nur ein Arzt, keine einzige barmherzige Schwester. Einige von den Leuten, die Schiffe in den Kopf erhalten hatten, waren wahnsinnig geworden. Unter wildem Schreien ließen sie auf den Körpern der hilflos am Boden Liegenden herum. Vier Tote nahm man heraus, deren Todesursachen nicht die Verwundungen waren.

Dieser Transport war 48 Stunden ohne Nahrung und ohne neuen Verband gewesen. Bei allen Verwundeten hatte sich der Verband gelöst, war von Blut durchfeuchtet und von den Wunden abgerutscht. Während der ganzen Zeit waren die Wagen nicht gereinigt worden, da der Zug nur Eisenbahnpersonal hatte, sonst aber für keinerlei Bedienung gesorgt war. In vielen der Wagen lagen die Toten schon den zweiten Tag; infolge der Hitze waren die Leiden stark in Verwesung übergegangen. In einem Wagon waren die Reste der letzten Ladung, Steinkohlen, übriggeblieben. Viele waren von ungelakten und unerfahrenen Soldatenhänden verbunden, und in diesem Zustande waren sie auch abgehandelt worden. Mit einem Worte: das war kein Verwundetentransport, sondern ein Wegwerfen nicht mehr nützlicher Organismen!

In die schmutzigen Güterwaggons der anderen „Sanitätszüge“ wurden die Verwundeten hineingestopt. Wie viele in einem Wagon hineingehoben konnten, darum kümmerte sich kein Mensch. Ohne sie auch nur zu zählen und ohne Auswahl wurden sie hineingewängt. Direkt auf die obere Reihe der Bretter, direkt auf den schmutzigen Fußboden legte man die Unglücklichen — die Lokomotive pfliff, und der Zug holperte los! Manche kamen mit herausgefallenen Eingeweiden an! Diese Jüge hatten, wie schon gesagt, weder Verbandmaterial noch Probiant mit sich.

Die Ärzte hatten auf den Stationen, auf denen sich Verpflegungspunkte für vorüberziehende Truppen befanden, ihnen wenigstens Brot für ihre hungernden Pfleglinge zu geben. Aber die Offiziere, welche diese Stationen verwalteten, konnten ihnen diese Bitte nicht erfüllen, da sie keine entsprechende Deder hatten.

Von Zeit zu Zeit war es möglich, dem einen oder dem anderen Teil dieser vergessenen Menschheit etwas Nahrung zuzukommen zu lassen. Das war aber nur ausschließlich da, wo sich auf dem Wege die Hospitäler der Semstwo befanden, die außerordentlich praktisch eingerichtet und reich mit allem versehen sind.

In Zieling beförderte sofort die Abteilung des Hospitals der Semstwo von Jeroslaw-Rostromski eine Kutsche nach der Station, wo an einem Tage 8800 Mittagportionen und große Mengen von Tee an die Mannschaften verteilt wurden.

Dieser Verwundetentransport dauerte eine Woche. Genannte Hospitäler haben in dieser Zeit in Zieling 28 000 Portionen verabfolgt.

Wenn aber die Semstwo keine Hospitäler auf den Kriegsschauplatz schickte hätten! Oder wenn sie nicht so gut organisiert gewesen wären, sondern sich ein Beispiel an der Organisation der Militärhospitäler genommen hätten, was würden dann unsere Verwundeten und Kranken für ein Schicksal gehabt haben? ... Den Hungertod!

Dieser Kranken- und Verwundetentransport war eine unerhörte Barbarei. Die Welt muß erfahren, wie wir unsere Vaterlandsverteidiger lohnen, wenn sie mit zerschmetternen Gliedern auf uns angewiesen sind. ...

Unpünktliche Prämienzahlung.

Von den Versicherungsnehmern wird vielfach die Erfüllung der allerding komplizierten und nicht immer leicht verständlichen Versicherungsbedingungen mit einer gewissen Nachlässigkeit gehandhabt.

Es klagte nun gegen die Gesellschaft auf Zahlung der Versicherungssumme und erhielt diese auch durch Landgericht und Oberlandesgericht Frankfurt a. M. zugesprochen.

Die Sache wurde zur nochmaligen Entscheidung an einen anderen Senat des Oberlandesgerichts Frankfurt zurückgewiesen und wird nun sehr wahrscheinlich zum Gunsten des Klägers ausfallen.

Wenn auch nicht alle Versicherungsgesellschaften die gleiche Unzulassung wählten lassen, so muß dieser Fall doch allen Versicherungsnehmern zur Warnung dienen.

Deutschlands Außenhandel. Der auswärtige Handel des deutschen Zollgebiets stellt sich in den fünf Monaten Januar bis Mai 1905 nach den vom kaiserl. Statistischen Amt herausgegebenen monatlichen Nachrichten wie folgt:

Die Gesamteinfuhr betrug in Tonnen: 20 857 101 gegen 18 224 577 und 17 579 274 in den gleichen Zeitabschnitten der beiden Vorjahre, daher mehr 2 632 524 bzw. 3 277 827, die Edelmetalleinfuhr 535 gegen 512 und 445 Tonnen.

Die Gesamtausfuhr betrug in Tonnen: 15 375 283 gegen 16 488 526 und 15 272 945 in 1904 und 1903, daher gegen 1904 weniger 1 113 243, gegen 1903 mehr 102 338; die Edelmetalleinfuhr 223 gegen 183 und 163.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Marokkofrage.

Paris, 22. Juni. (W. Z. B.) Die Baiffe eine Anzahl von Papieren an der Börse hat im Palais Bourbon Erlaunen herbeigerufen, wo man sich fragte, ob sie nicht durch die ängere Lage begründet sei.

Paris, 22. Juni. (W. Z. B.) Der internationale Kongress für Ackerbau in den Kolonien ist heute eröffnet worden. England, Deutschland, Holland, Italien und die Vereinigten Staaten sind vertreten.

Brüssel, 22. Juni. (W. Z. B.) Die Abgeordnetenkammer hat einstimmig eine Gesetzesvorlage betreffend die zwischen Belgien, Russland, der Schweiz, Spanien, Schweden, Dänemark, Griechenland und Rumänien abgeschlossenen obligatorischen Schiedsgerichtsverträge angenommen.

Die Revolution in Russland.

Petersburg, 22. Juni. (W. Z. B.) Die „Wischewja Bedomosti“ meldet nach den „Ausflüge Bedomosti“: Im Kreise Scharuhan, Gouvernement Erivan, gestürzten Aufrehrer, deren Zahl auf 87 000 angegeben wird.

Ministerkrisis in Schweden?

Stockholm, 22. Juni. (W. Z. B.) „Nya Dagligt Allehanda“ will wissen, die Regierung habe am Dienstag das Abkündigungsgebot eingereicht.

schafft, der eine Anzahl selbständiger Schiffer angehört. Bei dieser Gesellschaft kam es zum Streik; es lagen etwa 60 Röhre mit 100 Mann still.

Die Aussperrung an der Unterweser.

Aus Bremen schreibt man und: Die Werftgewaltigen in den Unterweserorten haben ihre Drohung wahr gemacht. Sowohl der Betrieb der Firma J. C. Tecklenborg-Seebeck als auch derjenige von G. Seebach & Co. Bremerhaven ist seit Dienstagabend geschlossen.

Die Veranlassung zu der gegenwärtigen Aussperrung bildet ein klassisches Dokument zu der vielgepriesenen „sozialen Fürsorge“ des Unternehmertums. Ende Mai d. J. hatten die Kesselschmiede der Gedanken beiden Werften geringfügige Forderungen erhoben.

Trotz all dieser Tatsachen würde man aber vielleicht noch keine Forderungen auf Lohnhöhung gestellt haben, wenn nicht die Werftleitungen der Werften durch fortgesetzte Reduzierung der Akkordlöhne es den Kesselschmieden unmöglich gemacht hätten, in Zeiten starker Beschäftigung soviel zu verdienen, daß der Rinderdienst, der während der flauen Beschäftigungszeit erzielt wird, wieder ausgeglichen werden könnte.

Die ganze Brutalität und Profitgier der Werftmagnaten tritt so recht in die Erscheinung, wenn man mit den geringfügigen Löhnen und Forderungen der Arbeiter die Dividenden vergleicht, die Jahr für Jahr die Aktionäre einheimsten.

Table with 5 columns: Year (1900-1904) and Dividend/Percentage for Tecklenborg and Seebeck.

Die Dividende bei Seebeck ist uns vom letzten Jahre momentan nicht bekannt, niedriger wie im Vorjahre ist sie aber nicht gewesen.

Vorläufig ist die Aussperrung also perfekt und die Tore der Werften sollen sich erst wieder öffnen, wenn die Kesselschmiede bedingungslos die Arbeit aufzunehmen bereit sich erklären.

Was werden wird? Nun vorläufig kann man sich eine Antwort darauf geben durch einen Anschlag, den eine andere Werft, nämlich die Rüdigers'sche in Seebeck, am „Schwarzen Brett“ ihres Betriebes Mittwochabend veröffentlichte.

Die Arbeiter sind trotz alledem guten Mutes. Bereit zur Verständigung sind sie selbstverständlich nach wie vor. Aber die Werftgewaltigen wollen nicht. Ihre Presse kündigt bereits an, daß, wenn auch die Rüdigers'sche Aussperrung die Arbeiter nicht zur Unterwerfung bringen werde, man beabsichtige, in den nächsten Tagen ebenfalls die Werften in Seebeck und Bremen zu schließen.

Die allgemeine Metallarbeiter-Aussperrung ist Mittwochabend auch in Nürnberg eingetreten. Eine genaue Angabe über den Umfang der Aussperrung ist zurzeit nicht möglich.

Die allgemeine Metallarbeiter-Aussperrung ist Mittwochabend auch in Nürnberg eingetreten. Eine genaue Angabe über den Umfang der Aussperrung ist zurzeit nicht möglich.

am Stettiner Hager. Der Ausschuss hat nach lebhafter, durch zwei Sitzungen fortgeführter Diskussion einstimmig folgende Anträge an die Stadtverwaltung empfohlen: 1. Die Projekte und Kostenschätzungen (8 Millionen Mark) werden genehmigt, 30 000 M. zur Ausarbeitung der speziellen Entwürfe bewilligt; die Verträge mit den Auktionen der Kaufmannschaft bzw. mit der Handelskammer sollen abgeschlossen, die Genehmigung aber vorbehalten bleiben;

Die Vorlage wird nach dem ausführlichen Referat des Stadtv. Cassel ohne Debatte einstimmig angenommen.

Zur Beschleunigung der Niederlegung des Scheunestücks und Fortführung der Kaiser Wilhelmstraße soll von Stadt wegen eine gemischte Kommission mit weitgehenden Vollmachten zum Ankauf der Grundstücke eingesetzt werden (3 Magistratsmitglieder, 4 Stadtverordnete).

Auf eine Anfrage des Stadtv. Vreuh (soz.-fortschr.) erklärt Bürgermeister Dr. Reide, daß die Kommission selbstverständlich nur innerhalb des Stats dürfe Abkürzungen einsehen.

Eine nachträglich eingebrachte Vorlage, betr. den Abschluß eines Vertrages mit dem Reichsfiskus wegen alldaliger Ausführung der Verlängerung der Alten Jakobstraße, wird ohne Debatte angenommen.

Ueber die Petition des Verbandes der deutschen Metzgereivereine für pöhykalisch-diätetische Therapie (Naturheillehre) betr. die Errichtung von Licht-Luftsporbädern von Nonnune wegen war der Petitionsausschuss zur Tagesordnung übergegangen.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir unterstützen wegen der außerordentlichen Wichtigkeit der Sache die Vergepetition und stellen den Antrag hiermit, Licht- und Luftsporbäder von Nonnune wegen aus zu errichten. Diese Bäder sollen den Körper abhärten und in umfangreicherer und rationellerer Weise das bewirken, was wir durch Badeanstalten usw. schon seit Jahrzehnten erstreben.

Stadtv. Dr. Langerhans spricht sich ebenfalls gegen den Antrag aus. Vorläufig sei die Sache nicht spruchreif.

Stadtv. Barth (A. L.) steht dem Inhalt der Petition sympathisch gegenüber und bittet den Magistrat um Berücksichtigung derselben, ebenso bittet Stadtv. Friedemann (Soz.-fortschr.) angesichts der guten persönlichen Erfahrungen, die er mit den Licht-Luftbädern gemacht hat, wenigstens die Angelegenheit in Erwägung zu ziehen.

Die Vorlage betr. den Erwerb des von den Grundstücken Badstraße 35/36 und 38/39 sowie Prinzen-Allee 83 zur Freilegung der Straße 68b Abt. X 2 bestimmten Landes wird auf Antrag Sonnensfeld und nach Zustimmung desselben durch Stadtv. Hinke (Soz.) an einen sogleich niedergesetzten Ausschuss von 15 Mitgliedern verwiesen, zu dem u. a. die Stadtv. Hinke, Dorgmann, Leid gehören.

Der Vorlage betr. Erwerb von Straßenland in der Bellemanstraße wird ohne Debatte zugestimmt; eine weitere Vorlage betr. den Bau einer zweiten Heimstätte für weibliche Genesende in Plankenburg-Appell geht auf Antrag Langerhans-Baris an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Arbeiterchaft von Berlin und Umgebung!

Gemäß der Aufforderung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sowie in Verfolg der am 5. Juni in der Berliner Gewerkschaftskommission gefassten Resolution hat der Ausschuss derselben in seiner letzten Sitzung beschlossen, für die um Anerkennung des Koalitionsrechts kämpfenden Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands Sammellisten herauszugeben.

Listen, welche von der Berliner Gewerkschaftskommission herausgegeben werden, sind nur mit derselben abzurechnen. Ebenso sind alle Gelder, welche in Berlin und Umgebung gesammelt und für die streikenden Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen bestimmt sind, an A. Köpken, Engel-Platz 15, zu senden.

Die Quittungen erfolgen öffentlich im „Vorwärts“. Gewerkschaftslisten oder Sammlungen dürfen nur innerhalb des eigenen Gewerkes zirkulieren.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Marmorarbeiter hielten am Mittwoch im Englischen Garten eine Versammlung ab, in welcher die Tarifkommission den Entwurf des neuen Tarifes vorlegte. Dieser enthält gegen den alten wesentliche Verbesserungen, die sich auf Arbeitszeit, Lohn und Ueberstunden erstrecken.

Deutsches Reich.

Die Maurer sind in Koburg in einen partiellen Streik eingetreten. 30 Mann haben die Arbeit niedergelegt.

Die Binnenschiffer haben einen schönen Erfolg erzielt. Im März richtete die Mitgliedschaft Binnenschiffer, eine Sektion des Verbandes der Hafnarbeiter, an die Gesellschaften und Privatschiffer das Ersuchen, den Lohn auf 100 M. monatlich zu erhöhen.

Arbeiter! Gedenkt der um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Zigarettenarbeiter!

Fünfte Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

Dresden-R., Mittwoch, 21. Juni.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Vormittags-Sitzung erklärte Rassin, daß die Berliner in der Erwartung auf Erfüllung ihrer Forderungen bei den Tarifverhandlungen mit den Prinzipalen ihren Antrag auf Kündigung des Tarifs zurückziehen. (Bravo.)

Klapproth-Hannover wünscht, daß an den Wahlen zum Tarifamt sich nur beteiligen dürfen tariftreue Prinzipale und Gehilfen, also die Mitglieder des Prinzipalvereins auf der einen und Verbandsmitglieder auf der anderen Seite. Der Abschluß des Tarifs von Organisation zu Organisation sei daher höchst erstrebenswert.

Weber-Berlin meint, es scheine ihm aus dem bisherigen Laufe der Debatte herausgeleuchtet zu haben, als ob man verständig die Tarifgemeinschaft als Selbstzweck betrachte. Er seinerseits betrachte dieselbe lediglich als gewerkschaftliches Kampfmittel. Redner berliest eine Statistik, welche die große Fluktuation der Mitglieder in einer tariftreuen Berliner Druckerei kennzeichnet. Ausdrücke wie „professionsmäßiger Heger“, „Stänker“ und ähnliche seien dort an der Tagesordnung und beweisen, wie der Prinzipal über die Tarifgemeinschaft denkt. Die gestrigen Ausführungen des Referenten haben sich zum Teile mit dem Sachverhalt, wo die Gehilfen gegen die Tarifgemeinschaft gefehlt haben. Er vermisse demgegenüber den anderen Sachverhalt, wo die Prinzipale gegen dieselbe verstoßen, damit Licht und Schatten gleichmäßig verteilt sind. Wenn der Verband unter der Tarifgemeinschaft sehr gewachsen sei, so mangle es bei manchen Zugängern bezüglich der Qualifikation als Gewerkschaftler und er betrachte daher dieses Wachstum als ein ungelohntes. Die von Berlin gestellte Forderung auf Erhöhung der Grundpositionen um 7 1/2 Proz. (Zuruf: Ist zurückgezogen!) — Nein, diese Forderungen sind nicht zurückgezogen, sondern nur der Antrag auf Kündigung des Tarifs! — ist eine sehr beschöne, unter welche nicht heruntergegangen werden dürfe. Bezüglich der Lehrlingsfrage besteht der Hebelstand, daß man von ihnen zum Teil Laufburschenarbeit verlangt und bei der Stellung der jetzigen Faktoren, die meist nur als Antreiber fungieren, ist ihre technische Ausbildung häufig eine mangelhafte. Von den Arbeitern nachzuweisen werden mitunter minderwertige Konditionen vermittelt. Auch findet man in der Liste der tariftreuen Prinzipale hier und da Firmen, welche bereits als nicht tariftreu bekannt sind. Unsere wirtschaftliche Lage wird durch den Zolltarif noch bedeutend verschlechtert und daher muß die Tarifgemeinschaft und wenigstens das Existenzminimum gewahrt. Persönlich halte er den geforderten Prozentsatz Lohnerrhöhung für viel zu niedrig, aber er bescheide sich, damit man nicht sagen könne, es würden unerfüllbare Forderungen erhoben.

Seitz-München hält es für überflüssig, daß die Berliner Kollegen in der Tariffrage eine solche Erregung hervorgerufen haben, wie gesehen. Die Tariforganisation hat sich zum Schutze unseres Gewerbes entwickelt und zum Segen des Verbandes gedient. Auf diesem Boden muß weitergebaut werden. Auch seitens der Prinzipale und Behörden erfahre im allgemeinen die Tarifgemeinschaft eine Beurteilung, die sich vorteilhaft gegen die frühere abhebt.

Graham-Essen führt aus, daß gegenüber den Anträgen auf Abschaffung des Staffeltarifs die Prinzipale, wie er weiß, daran gehen wollen, noch eine vierte Staffel zu schaffen. Der Tarif soll aber einheitlich für das ganze Reich gelten und energisch durchgeführt werden. (Bravo.)

Nach der Zurückziehung des Berliner Antrages auf Kündigung des Tarifs bildet, wie gelegentlich der Vorsitzende bemerkte, die Basis der Verhandlungen der Antrag Stuttgart: „Die Generalversammlung möge die Gehilfenvertreter beauftragen, zu gegebener Zeit bei dem Tarifausgange den Antrag auf Revision des Tarifs zu stellen. Eingegangene Abänderungsvorschläge werden von den Gauvorstehern und Gehilfenvertretern auf einer Konferenz geprüft und zusammengestellt und dann den tariftreuen Gehilfen an einem Tage in sämtlichen Druckstädten der neun Kreise zur Beratung und Genehmigung vorgelegt.“

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch einen von Breslau gestellten Antrag zitieren, in welchem das Solidaritätsprinzip zum Ausdruck gebracht wird und der jedenfalls bei diesem Punkt der Tagesordnung behandelt werden soll. Er lautet: „Bei Lohnstreitigkeiten der Hilfsarbeiter können die Verbandsmitglieder die Hilfsarbeiter aktiv unterstützen, sobald sich die örtliche Leitung der Hilfsarbeiter vor Ausbruch der Streitigkeiten mit dem örtlichen Vorstande ins Einvernehmen gesetzt hat. Doch ist hierzu in der Regel die Genehmigung des Gau- und des Verbandsvorstandes erforderlich.“

Rassin wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Referenten Schless über die Anschauungen der Berliner Kollegen in der Tariffrage und jener des Gauvorstandes. Auch er exemplifiziert dabei lokale Vorgänge und Verhältnisse des gewerblichen Lebens unter der Tarifgemeinschaft. Bei dem Streikfalle im Berliner Adreßbuch habe Schless einen Tarifbruch der beteiligten Gehilfen konstatiert, weil diese eine schriftliche Weisung des Tarifamts nicht befolgten. Nach dem Buchstaben mag hier wohl ein formaler Verstoß vorliegen, doch haben die Arbeiter dem Sinne des Tarifs gemäß gehandelt. Die Behauptung aus Prinzipalkreisen, daß die Gehilfenhaftigkeit bezüglich der Lehrlingskassa den richtigen Zeitpunkt zur Wahrnehmung ihrer Interessen verjährt habe, trifft nicht zu. Sie sind rechtzeitig vorgegangen, vermochten aber ihre Forderungen leider nicht durchzubringen. Redner bemängelt sodann die Haltung des Sekretärs des Tarifamtes bei einem zum Ausbruch gelangten Druckereistreik und hält eine Reformierung des Arbeitsnachweises nach der Richtung hin für geboten, daß bei Konflikten eine andere Handhabung desselben Platz greife. Er weist dabei auf die diesbezügliche Handhabung in der Schweiz und bei anderen Organisationen hin. Der Tarifvertrag bedeutet einen Waffenstillstand im gewerblichen Kampfe und muß von beiden Seiten loyal innegehalten werden. Er schafft aber nicht die sozialen Gegensätze aus der Welt. Wenn man das ignoriere, stelle man sich auf einen Standpunkt, der noch hinter den Kirch-Dunderschen Gewerkschaften rangiert. Das kann auch nicht die Anschauung des Vorstandes sein. Bei allen anderen Tarifverträgen der Arbeiterschaft finde man, daß sie von Organisation zu Organisation abgeschlossen seien, und das müssen auch wir erreichen, soweit dabei die Gehilfenorganisation, der Verband, in Frage kommt. Wo nun aber die Prinzipalorganisation in Betracht zu ziehen ist, so dürfe man nicht vergessen, daß die Mehrzahl der Prinzipale nicht organisiert sind und es bleibt daher zu erwägen, auch diese bindend zu verpflichten. Nach Berlin ist der Zugang aus den Kreisen der Provinzkollegen ein großer. Das liegt nun einmal in der Natur der Sache und lasse sich nicht aus der Welt schaffen. Aber dadurch wird der Arbeitsnachweis überlastet und die Kampfstellung der Berliner bedeutend erschwert. Durch die Zurückziehung des Berliner Antrages auf Kündigung des Tarifs haben die Berliner Kollegen ihre Kompabilität und ihr Entgegenkommen bekundet — er hoffe nun aber auch auf das Entgegenkommen der Generalversammlung gegenüber den Berliner Wünschen. (Bravo.)

Reismüller-Wien, Obmann des Verbandes der Vereine der Buchdrucker und Schriftgießer Österreichs, kennzeichnet

den Standpunkt der österreichischen organisierten Gehilfenschaft zur Tariffrage. Das Zusammenwerfen der qualifizierten Arbeiter mit den Hilfsarbeitern im Buchdruckgewerbe in einen Topf hält er im Interesse beider Teile für unzulässig an der Hand praktischer Erfahrungen. Bezüglich der Klagen der Maschinenmeister über schlechte Verhältnisse seien diese selbst schuld daran. (Sehr richtig!) Sie standen früher auf dem Standpunkt, soviel Maschinen zu bedienen, als möglich, wenn es nur bezahlt würde. Das räche sich nun. Bezüglich der Akkordarbeit stehe er auf dem Standpunkt, daß diese lediglich dazu dient, Arbeitskräfte zu sparen und daher, wie ein Antrag München besagt, ihre Abschaffung in Erwägung zu ziehen sei. Der Vorsitzende erklärt, daß eine Resolution eingebracht sei, welche sich gegenwärtig im Druck befinde und daher der Generalversammlung erst morgen früh vorgelegt werden könne. Sodann wird die Sitzung geschlossen.

Aus der Partei.

Mit dem Organisationsstatut beschäftigte sich eine Bezirks-Parteierversammlung in Vudau (Magdeburg). Es wurden Ausstellungen an den Vorschriften über die Zusammensetzung des Schiedsgerichts gemacht. Mehrere Redner traten für ständige Schiedsrichter ein. In der Abstimmung erklärte sich die Versammlung für den Entwurf mit den Abänderungsvorschlägen der Magdeburger Parteileitung, die wir feinerzeit mitgeteilt haben. Die Parteiversammlung des Bezirks Magdeburg Altstadt stimmte dem Entwurf vorbehaltlos zu.

Die Diskussion des Generalkreises scheint auch die Polizei für äußerst wichtig zu halten. In der „Breslauer Volkszeitung“ war die Schrift der Genossin Roland-Holt über Generalstreik und Sozialdemokratie angekündigt worden. Kaum war das die Ankündigung enthaltene Blatt heraus, da erschien schon ein Polizeikommissar in der Buchhandlung unseres Parteiblattes, um das Buch zu kaufen. Leider war es noch nicht vorrätig. Der Beamte bestellte darauf drei Exemplare.

Genosse Plechanow teilt in der „Iskra“ mit, daß er auf Grund von Meinungsverschiedenheiten über eine in der Konferenz der russischen Arbeiter diskutierte Resolution sich genötigt fühle, aus der Redaktion der „Iskra“ auszuschiden. Gleichzeitig legt er sein Amt im Parteirat nieder. Seine Stellung im internationalen Bureau will er nur beibehalten, wenn beide Teile der russischen Partei ihn delegieren.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Kunstliche Saalabtreiberei.

In der „Lobbericher Volkszeitung“ vom 17. Juni findet sich folgende Bekanntmachung:

Anlässlich der in jüngster Zeit vorgekommenen Ereignisse weise ich darauf hin, daß die Wirte, welche ihre Lokale zu sozialdemokratischen Versammlungen hergeben, dieses auf ihre eigene Verantwortung hin tun.

Es sind diesseits Vorkehrungen getroffen, daß den Willkür-Personen der Versuch solcher Wirtschaften vom Truppenteil untersagt bleibt.

Lobberich, den 10. Juni 1905.

Die Polizeiverwaltung

Der Bürgermeister Hedmann.

Daß die Wirte ihre Lokale unter eigener Verantwortung und nicht unter der des Bürgermeisters zu Versammlungen hergeben, dürfte jenen bekannt sein. Die Bekanntmachung hat also nur den Zweck, die Wirte einzuschüchtern und die Arbeiter in der Ausübung ihres Versammlungsdrechtes zu beschränken. Denn gegen die Arbeiter richtet sich die Bekanntmachung. Die Ereignisse, die der Bürgermeister so geheimnisvoll andeutet, beziehen lediglich darin, daß es den Arbeitern in Lobberich (Kreis Bismarck, Niedersachsen) gelang, wieder ein Versammlungslokal zu erlangen. Die Versammlungen sind in vollkommener Ordnung verlaufen und es hat sich nichts ereignet, was den Bürgermeister, der, nebenbei gesagt, zur national-liberalen Fahne schweert, zum Einschreiten berechtigte. Seine Bekanntmachung ist also eine völlig ungesetzliche Drohung.

Zu 100 M. Geldstrafe wurde der Redakteur des „Stettiner Volksboten“, Genosse Faber, verurteilt, weil er den Ersten Staatsanwalt in Greifswald beleidigt haben sollte. Ein Arbeiter in Anklam war auf der Polizeiwache schwer mißhandelt worden. Die Mißhandlungen waren durch ärztliches Zeugnis festgestellt. Der Arbeiter beschwerte sich darüber beim Ersten Staatsanwalt in Greifswald, erhielt aber zur Antwort, er hätte die Mißhandlungen durch sein renitentes Benehmen selbst verschuldet. Dessen Vorgang hatte Faber satirisch kritisiert und darin wurde die Beleidigung des Staatsanwalts gefunden.

Soziales.

Die nichtsozialdemokratischen Konsumvereine zeigen eine hoch erfreuliche Entwicklung. Western trat in Stuttgart der 2. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu einer dreitägigen Beratung zusammen. Wenn der Zentralverband so weiter geht, so besteht die vollkommene Aussicht, daß er den sozialdemokratischen Konsumvereinen und der dort geläufigen mißbräulichen Verquickung wirtschaftlicher mit politischen Bestrebungen das Wasser abgräbt.

Stat. aus der „Täglichen Rundschau“ vom 22. Juni 1905. Zur gelegentlichen Benutzung.

Der württembergische Krankenkassentag, der am 19. d. in Heilbronn zusammengetreten ist, beschloß einstimmig die Aufstellung einer genauen Statistik über die Höhe der an die einzelnen Ärzte bezahlten Krankenkassen-Honorare. Da dem Verbande der württembergischen Krankenkassen nur 204 von etwa 600 Ärzten angehören, soll das Ministerium des Innern ersucht werden, sämtliche Klassen anzugeben, das nötige Material für diese Statistik zur Verfügung zu stellen. Der württembergische Ärztebund hat es abgelehnt, dieses Ersuchen zu unterstützen. Die Herren fürchten mit Grund, daß sich liberal die gleiche Erscheinung wie in Stuttgart offenbart: daß das System der „freien Arztwahl“ zur Überlastung einzelner Ärzte führt, denen auch der Löwenanteil des von den Kassen verausgabten Arzt-honorars zufällt, während die Mehrzahl der Ärzte leer oder fast leer ausgeht.

Einstimmig sprach sich der Verbandstag auch für die allgemeine Ausdehnung der Versicherungspflicht auf Heimarbeiter aus und beschloß eine diesbezügliche Eingabe an die Regierung. Widerspruch fand eine Resolution, die die württembergische Regierung auffordert, auf reichsgesetzliche Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und die landwirtschaftlichen Diensthilfen hinzuwirken. Die Debatte wurde durch das Eingreifen von Vertretern ländlicher Klassen sehr erregt, deren einer sogar den Austritt seiner Klasse ankündigte. Schließlich wurde die Resolution mit großer Mehrheit angenommen.

Haben die kaufmännischen Angestellten ein Recht, für geleistete Ueberstunden Bezahlung zu fordern? Diese Frage wurde von dem Kaufmannsgericht München prinzipiell entschieden. Zwei

Handlungsgehilfen klagten gegen das Kaufhaus Oberpollinger auf eine Entschädigung für die über ihre vertragmäßige Bureauezeit hinausgehende Ueberarbeit; vor Eröffnung des Kaufhauses, als man mit der Einrichtung desselben beschäftigt war, währte die Arbeitszeit der Kläger oft bis 10 und 11 Uhr nachts, ja sogar bis 1 und 2 Uhr morgens (1). Die Kläger stellten sich auf dem Standpunkt, daß eine derartige lange Arbeitszeit nicht handelsüblich und gleichbedeutend sei mit einer ungerechtfertigten Vereinerung. Die besagte Firma lehnte jede Zahlungspflicht ab, da die kaufmännischen Angestellten nicht den Bestimmungen der gewerblichen Arbeiter unterliegen. Nach § 59 des Handelsgesetzbuches hat ein kaufmännischer Angestellter, wenn nicht besondere Vereinbarungen über die Art und den Umfang seiner Dienstleistungen oder über die ihm zuzumehrende Vergütung getroffen sind, die dem Ortsgebrauch entsprechende Vergütung zu beanspruchen. In Ermangelung eines Ortsgebrauchs gelten die den Umständen nach angemessenen Leistungen als vereinbart. Das Gericht vernahm nun über die Frage, was Ortsgebrauch ist, sieben Sachverständige, nämlich sechs Prinzipale und einen Handlungsangestellten. Der Syndikus des bayerischen Industriellen-Verbandes, Dr. Kuflo, ist der Ansicht, daß im Handelsgewerbe die Bezahlung von Ueberstunden nicht Brauch sei und meint, daß in dem Moment, wo das Salär nach Stunden berechnet würde, der Kaufmann zum Tagelöhner herabsinke (1); auch der Kaufmann Hirsberg vertritt den Standpunkt, daß der Handlungsgehilfe auf dem Standpunkt eines Arbeiters herabgewürdigt würde, wenn das Salär nach Stunden bezahlt würde (1); damit wolle er dem Stande der Arbeiter durchaus nicht zu nahe treten. Ortsgebrauch sei — in diesem Punkte waren sämtliche Sachverständige einig — daß bei Ueberarbeit von ein bis zwei Stunden den Angestellten ein Imbiß gereicht, zum Teil auch eine Mark als Vergütung und schließlich am Jahreschlusse oder zu Weihnachten eine Gratifikation gewährt werde. Das Kaufmannsgericht verurteilte das besagte Kaufhaus zu einer Entschädigung an die Kläger von 16 bzw. 13 M., stellte aber fest, daß für Ueberstunden die kaufmännischen Angestellten keine Vergütung zu beanspruchen haben. Eine andere Frage sei, ob sie nicht in einer anderen Form für ihre Mehrarbeit eine Entschädigung beanspruchen können (maßgebend hierfür sei der § 59 des Handelsgesetzbuches). Da geht die Meinung des Gerichts dahin, daß bei übermäßig langer Dienstzeit ein Abendessen (1) oder eine entsprechende Entschädigung zu gewähren sei. Für die Fälle von „nur“ 1 1/2 Stunden Mehrarbeit erachtet das Gericht die Verpflichtung zu einer Entschädigung nicht gegeben, bei Fällen von mehr als drei Stunden eine Mark Entschädigung für auszureichen!

Die Handlungsgehilfen werden durch diesen Urteil vielleicht zu der Ueberzeugung gebracht werden, daß das „Herabsinken“ auf den Standpunkt eines Arbeiters für sie doch recht vorteilhaft wäre; es brächte ihnen Bezahlung für ihre Arbeit, die sie jetzt bestenfalls für ein Abendbrot leisten müssen.

Ein Grund zu vorzeitiger Entlassung scheidet aus, wenn er dem Entlassenen gegenüber nicht geltend gemacht wird. Der Arbeiter S. war von seinem Arbeitgeber P. für eine bestimmte Zeit angenommen, aber schon vor ihrem Ablauf wieder entlassen worden. S. verlangte deshalb durch Klage beim Berliner Gewerbegericht eine Lohnentschädigung von 27 M. Der Beklagte wandte ein, er habe den Kläger entlassen, weil er mit Käufen behaftet war. Er gab zu, diesen Grund nicht genannt zu haben. Er hätte dem Kläger nicht wehe tun wollen. — P. wurde verurteilt, die 27 M. an den Kläger zu zahlen. Nach Annahme des Gewerbegerichts kam die Verlaftung eventuell als Entlassungsgrund in Frage kommen, da sie als ekel-erregende Krankheit gelten könne. Der Entlassungsgrund müsse aber, wenn er die vorzeitige Entlassung rechtfertigen solle, dem Entlassenen gegenüber verlaubar werden. Da die Käufe nicht als Grund der Entlassung dem Kläger genannt seien, so scheidet dieser Grund aus und es sei dem Kläger die Entschädigung zuzusprechen.

Die Ungültigkeit eines neueren kommunalen Steuerregulativs läßt unter Umständen das ältere Regulativ wieder aufleben. Das hat das Ober-Verwaltungsgericht in einem Hundesteuerstreit, Kiel betreffend, ausgeprochen. Es erklärte am 20. Juni zwei neuere Hundesteuerregulativs für ungültig, weil sie zwar die Genehmigung des Bezirksauschusses, nicht aber die Gegenzustimmung des Ministers bezw. Oberpräsidenten erhalten hatten. Diese Gegenzustimmung erachtet das Ober-Verwaltungsgericht für durchaus notwendig. Es nahm nun aber nicht an, daß jetzt gar keine Hundesteuerberechtigung Kiels bestehe. Vielmehr griff es auf das alte Hundesteuerregulativ Kiels zurück, das vor den für ungültig erklärten Regulativs erlassen worden ist. Dazu wurde ausgeführt: Man könne nicht sagen, daß in jedem Falle ältere Steuerregulativs beseitigt seien durch die später erlassenen Regulativs. Hier stehe fest, daß man in Kiel, als die neueren, ungültigen Regulativs erlassen wurden, an der Hundesteuer habe festhalten wollen. Daraus folgere das Gericht, daß das ältere Steuerstatut hier wieder Anwendungskraft gewinne, nachdem die neueren Statute wegen der fraglichen Mängel für ungültig zu erklären seien. Der Senat wandte dann im fraglichen Streitfalle die ältere Steuerordnung an. Der auf Freistellung von der Steuer klagende Hundebesitzer war danach abzuweisen.

Aus der Frauenbewegung.

Widmung. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hat in seiner letzten Mitgliederversammlung beschlossen, gemeinsam mit dem Verbands der Wäscherei- und Strickwarenarbeitenden Sonntag, den 26. d. M., einen Ausflug nach dem Restaurant „Ferdinand“ zu unternehmen. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr am Hauptplatz. Sämtliche Mitglieder beider Organisationen werden ersucht, sich recht pünktlich und zahlreich daran zu beteiligen. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Witterungsübersicht vom 22. Juni 1905, morgen 8 Uhr.

Table with 8 columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C., Stations, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C.

Wetter-Prognose für Freitag, den 23. Juni 1905.

Einmal klar, vielmal better, jedoch unbeständig mit leichten Regenschauern und ziemlich frischen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 21. Juni. Elbe bei Magdeburg + 0,10 Meter, bei Dresden - 1,54 Meter, bei Regensburg + 0,86 Meter. — Unstrut bei Braunschweig + 1,00 Meter. — Oder bei Rathow + 1,92 Meter, bei Dresden Ober-Regel + 5,10 Meter, bei Dresden Unter-Regel - 0,72 Meter, bei Frankfurt + 1,24 Meter. — Saale bei Brahmünde + 2,64 Meter. — Warte bei Posen + 0,38 Meter. — Rhe bei Wijk + 0,49 Meter.

Briefkasten der Redaktion.

Sie bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Post) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Momentumsquittung beizulegen. Fragen ohne solche Angaben werden nicht beantwortet und schriftliche Antworten nicht erteilt.

Die amtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungsamtes erscheinen unter diesem Titel als selbständige Zeitschrift monatlich im Verlage von H. Ufer u. Co. in Berlin. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. Jährlich 8 M. Einzelnummer 70 Pf.

H. M. Alter Monument. 2. Bahni Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 84. Liebschütz, Kaiser Wilhelmstr. 46 II. — **Warburg.** Otto Wilmann, Hamburg-Allee 27. — **Zwei Weibchen.** Personen, die unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, die im Konturle stehen, die eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindefonds beziehen oder im letzten der Wahl vorübergehenden Jahre bezogen haben. Der versäumt hat, sich in die Wahllisten eintragen zu lassen. — **N. S. 20.** Die Kasse ist nicht bekannt. Der Satz in dem Titel „unter Staatsaufsicht“ und die Tatsache der Mitgliederwerbung durch Agenten sind jedoch sehr verdächtig. Sie raten zur Vorsicht. Wenn Sie uns den Inhalt des

Verpflichtungsgeldes und die Kautionsbedingungen mitteilen könnten, würden wir Ihnen sicher Rat geben können.

Frage. Sie können Ihnen eine derartige Adresse nicht namhaft machen — **H. E. Weichenbach.** Wenden Sie sich an eines der zahlreichen Adressenbüros. — **Bau Riegmansfrage.** Die Kosten tragen die Eingeklagten. — **G. P. 25.** Bitte Namen nennen. — **H. 25.** Können Sie wohl gelegentlich in unserer Buchhandlung Lindenstr. 69 vorbeisprechen; wir könnten Ihnen in dieser Sache vielleicht einen Rat geben.

S. K. Gera. Dr. Karl Liebschütz wohnt Kaiser Wilhelmstr. 46. — **Eisenbahner.** Wenden Sie sich an Bauer, Engelauer 15, 4 Tr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 23. Juni
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Jung-Heidelberg.
Berliner. Lili.
Deutsches. Der Fiegegrüfte.
Anfang 8 Uhr:
Westen. Die Liebeskugel.
Neues. Der Familientag.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der Prophet.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Radios-Theater.) Hofgünst.
Zentral. All-Heidelberg.
Kleines. Nachtschl.
Zustspielhaus. Kyritz-Pyritz.
Carl Weiß. Wahre Liebe.
Beste-Alliance. Madame Lip-Top.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Spezialitäten.
Apollo. Am Hochzeitabend.
Spezialitäten.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Passage-Theater. Angelita Walter.
Jean Paul. — Spezialitäten.
(Anfang 5 Uhr.)
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Der Simplon und sein Gebiet.
Invalidentheater. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Ensemble-Gastspiel d. Lustspielhauses.
Sommerpreise.
Täglich:

Der Familientag.

Anfang 8 Uhr:

Kleines Theater

Anfang 8 Uhr.

Nachtschl.

Sonnabend: Die Neuvormählten.
Abschiedssouper.
Sonntag: Des Pastors Rieko.
Montag: Nachtschl.

Neues kgl. Opern-Theater (Kroll).

Heute:
Jung-Heidelberg.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Garten täglich:
Großes Garten-Konzert.

Apollo-Theater.

Täglich 10-10 1/2 Uhr:
Ununterbrochenes, stürmisch. Lachen über die amerik. Burlesk-Compagnie mit ihrem Akt:

Ein Abend in einem amerik. Cingel - Cangel.

Am Hochzeitsabend von Paul Linde u. das glänzende Juni-Programm.

Metropol-Theater

Der größte Erfolg der Saison!
Zum 229. Male:

Die Herren von Maxim.

Große Ausstattungsszene mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Paul Schwarz' Sommer-Theater,

Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**

Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Das großartige Juni-Programm.
Anfang 5 Uhr.
Jeder Mittwoch: **Elite-Tag.**

Urania, Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:
Der Simplon und sein Gebiet.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.
Kronprinz Wilhelm
Kronprinzessin Coelitte.

Neu! **Roschdestwensky,**
der russische Admiral.

Alle. Vallée, d. 16jährige
armlose Fußkünstlerin.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachm. 5 Uhr:
Militär-

Doppel-Konzert.

Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Kyritz-Pyritz.

Sommerpreise.
Abendlich: Kyritz-Pyritz.

Fröbels Allerlei-Theater

(früher Fußmann)
Schönhauser Allee Nr. 148.
Täglich: **Garten-Konzert.**

Theater, Spezialitäten.
Das Sensations-Vollstück
Arbeit schändet nicht.

Extrablatt. X X X Kaffeeküche.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich

Die Loreley.

Romantisches Volkstheater mit Gesang und Tanz in 5 Akten.
Außerdem:

Paul Coradini, Voteseque-Komiker.
Marka Freya, Barrikadente.
Loro Quartett, musikal. Quartett.
Seltman u. Pünch, amerik. Komödiant.
Satanella-Trio, Tanztrio.
Au hal masque, große Parodie der Johnko-Compagnie.

Im Saale: **Ball.**
Entree 30 Pf., reserv. Platz 50 Pf.
Anfang 4 Uhr.

WINTER GARTEN

Harry Allister, Mimiker.
Damm Bros., komische Akrobaten.
Lucy Nanon, französische Sängerin.
Alexandrov, russische Tanz- und Gesangsgruppe.
Mason u. Forbes, kom. Excentrics.
La belle Oterita, spanisch. Tänzerin.
A. W. Asra, Billard-Jongleur.
Philadelphia, Elefant und Affen.
Keno Welch, Montrose, Akrobaten.
Mlle. Lo, lebende Bilder.
Die 4 Weibchen, Turner.
Bogdani-Truppe, militärische Exerzition mit Gesang.
Biograph.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Unsere süßen
Dienstmädels.
Burleske von Regiel.

mit 8 Bildern.
Anf. 8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Streich-Konzert.

Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

I. Moudscheinfahrt

von der Schillingsbrücke.
Mit Musik! Rundfahrt auf dem Müggelsee. — Rückfahrt nach Nieder-Schöne weide (1 Stunde Aufenthalt). — Von 1 Uhr zurück nach Berlin.
Person 50 Pf. — 25000*

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Nortwyl-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Prophet.

Große Oper in 5 Akten v. Giacomo Meyerbeer.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Martha oder: Der Markt zu Richmond.

Sonntag, nachm. 8 Uhr
Der Trompeter von Säckingen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Prophet.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Hofgünst.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Thilo v. Krohne.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hofgünst.

Sonntag, nachm. 8 Uhr:
Johanniseuer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hofgünst.

Im Garten tägl.: Gr. Militär-Konzert.

Passage-Theater.

Anfang nachm. 5, abends 8 Uhr.
Jean Paul

Groß-Komiker
und das glänzende Juni-Programm.

Passage-Panopticum.

Der Mensch mit Vogelkopf.
Der Muskelmensch.
Aga
die schwebende Jungfrau.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**

Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**

Telefon IV. 8891. **Max Klem.**

Carl Weiß-Theater.

Dr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Wahre Liebe.

Im Sommergarten: Anerkannt bestes Programm. U. a.: Damen-Radrennen. Schenk-Marveit-Truppe. Eugen Millardo. Theater u. Konzert.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Amateurfahrer können zum Radwettkahren sich melden. Sonnabend: Erstes großes Sommerachtsfest.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Konzert, Theater, Spezialitäten.

Schönroschen

aus dem Scheunenviertel.
Carl Groth! X Annie Schröder!
Anita und Stefan Komaromy!
The Franconis!
Anfang 6 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:
Zwischen Himmel und Erde.
Gr. romantisch. Ausstattungstück.
Neue Dekorationen und Kostüme.
Eine schreckliche Nacht.
Große Parodie der Gultano
Wohles Truppe.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also kein Entree.

Etablissement Nyngenhagen

Horlitzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.

Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Schweizer-Garten.

Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich
Theater-Vorstellung
◆ Neue Spezialitäten. ◆
Volkshelustigungen.

Zum Schluss:
Der Ballett-Dufl.
Große Posse mit Gesang in 2 Aufteilungen von D. Basse.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Prosit! Böhmisches Brauhaus.

BERLIN.
Empfehlen unser helles u. dunkles **Tafelbier:**
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.

Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- " " Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen. 1732L*

Abnormitäten-Ausstellung

Münzstr. 16.
Neu ! ! ! ! ! Neu
? Mne-Mno-Mni ! ?
frei in der Luft fliegende Türkin
Anatom. Rätsel. Med. Wunder.
Neu renoviert! Neu renoviert!

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horsl's Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

fellow-Zigaretten

Den verehrlichen Rauchern unserer bekannnten
zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir mit der Dresdener Streikbewegung nichts zu tun haben.
Wir bringen unsere vorzüglichen
fellow-Zigaretten
die in allen Preislagen, sowohl mit als ohne Mundstück und in allen Spezial-Gehäusen zu haben sind, in empfehlende Erinnerung.

Vereinigte Zigaretten-Fabriken A.-G., Stuttgart.

C. ROBERT HEINE

Herren- und Knaben Bekleidung

183, Oranien-Strasse 183.

Enorm billig!

Herren-Anzüge

von 11⁰⁰ Mark an.

Herren-Paletots

von 10⁵⁰ Mark an.

Herren-Beinkleider

von 2⁵⁰ Mark an.

Knaben-Anzüge u. Paletots, Schulhosen, Leibchenhosen, Wasch-Anzüge, Blusen
in größter Auswahl.
Gediegene Stoffe!
Solide Verarbeitung!
Tadelloser Sitz!
Anfertigung nach Maß
unter persönlicher fachmännischer Leitung.
Die festen Verkaufspreise sind an jed. Gegenstand deutlich sichtbar!

„Vorwärts“-Abonnenten 5 Prozent Rabatt.

Schweizer-Garten.

Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich
Theater-Vorstellung
◆ Neue Spezialitäten. ◆
Volkshelustigungen.

Der Ballett-Dufl.

Große Posse mit Gesang in 2 Aufteilungen von D. Basse.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Prosit! Böhmisches Brauhaus.

BERLIN.
Empfehlen unser helles u. dunkles **Tafelbier:**
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.

Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- " " Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen. 1732L*

Sozialdemokratischer Wahlverein Schöneberg.

Sonntag, den 25. Juni, in OBST's Festsälen, Meiningenstr. 8, Martin Lutherstr. 51:

15. STIFTUNGS-FEST

bestehend aus

◆ **Konzert.** XXX **Gesang.** XXX **Vorträgen.** XXX **Kinder-Fackelzug.** XXX **Tanz.** ◆

Kasseneröffnung 2 Uhr. ◆ Eintritt 20 Pf. ◆ Anfang 4 Uhr. ◆ Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

DAS KOMITEE.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Sonnabend, den 24. Juni, abends 8 Uhr, in den „Sängerhallen“
(Am Herr Ruh), Friedrichstr. 60:

Bezirksversammlung für Friedrichshagen.

Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung in Leipzig. 2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten. 87/12

Sonnabend, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Sumte,
Schönwalderstr. 80:

Bezirks-Versammlung der Spandauer Kollegen u. Kolleginnen.

Tages-Ordnung:
Bericht des Kollegen Röncke über: Der Verbandstag in Leipzig.
Kollegen! Der außerordentlich wichtigen Tagesordnung wegen ist das
Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen unbedingt notwendig.

Achtung! Delegierte der Leipziger Generalversammlung.

Sonnabend, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Zimmer 34: „Besprechung über die Berichterstattung“.
Pünktliches Erscheinen ist notwendig.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die nächsten Branchen-Versammlungen am Sonnabend, den 24., Dienstag, den 27.,
Mittwoch, den 28., und Sonnabend, den 29. Juni 1905, stattfinden.
Die Versammlungen werden pünktlich um 8 1/2 Uhr abends eröffnet.

Wir richten an die Kolleginnen und Kollegen wiederholt das dringende
Ersuchen, diese Versammlungen zu besuchen.
156/10

Die Ortsverwaltung.

Augen auf!

Wir empfehlen:

- 1. Posten getragene Herren-Paletots
- 1. Posten getragene Herren-Anzüge
- 1. Posten getragene Hosen
- 1. Posten getragene Oehreke u. Rockanzüge

von den feinsten Herrenschaffern und Kavalieren. Nur kurze Zeit
getragene Monatsachen **spottbillig.**

Zugleich machen wir auf unsere Ab-
teilung **neuer Garderobe** aufmerksam.

J. Wand, Herren u. Knaben-Garderoben
Hauptgeschäft: Chausseest. 80 a.
2. Geschäft: Princesstr. 17, a. d. Wasserthorstr.
3. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116, a. d. Andreasstr.

Orts-Krankenkasse der Schmiede u. verw. Gewerbe.

Einladung zur
Außerordentl. General-Versammlung
der Delegierten

am Sonnabend, den 1. Juli 1905,
abends 8 1/2 Uhr, im Lokal n. Lebert,
Markusstr. 14, Eingang Grüner Weg.

Tages-Ordnung:
1. Statutenänderung. 2. Verschle-
denes. 273/20

Der Vorstand.
J. H.: Ad. Pilsgrim, Vorsitzender,
Admiralstr. 24.

Berliner Arbeiter- Radfahrer-Verein.

Mitglied des Bundes
„Solidarität“.

Sonntag, den 25. Juni, zum Gau-
fest Noadter Schützenhaus am Hühner-
see, Start 2 Uhr Radfahr. 16. Rad-
fahrer. — Gäste willkommen.

NB. Sonnabend, den 1. Juli, im
Einkauf: Großes Sommerfest der
fünften Abteilung. 13/4

Arbeiter-Radfahrer- Verein Rixdorf

Mitglied des Arbeiter-Rad-
fahrer-Bundes Solidarität.

Sitzung jeden Dienstag abends
9 Uhr bei D. Thiel, Bergstr. 151/152.
Gäste herzlich willkommen. — Mit-
glieder werden in jeder Sitzung und
bei dem Vorsitzenden Paul Franke,
Thomasstr. 6/7, und Kassierer Emil
Krause, Hietzenstr. 76, aufgenommen.

Sonntag, den 25. Juni: Gaufest.
Start 1 Uhr Vereinslokal.

Achtung!

Dienstag, den 27. Juni:
General-Versammlung.

Bitte eines jeden Mitgliedes ist es,
dort zu erscheinen.
13/5

Max Brosys Etablissement

Deutscher Kaiser
Pflanzsee,
am Spandauer Schiffschiffkanal.

Sonnabend, den 24. Juni:
Großer Sommernachts-Ball

des
Radfahrerkulubs „Adler“.

Die Parteiliebhaber werden hierzu
freundschaftlich eingeladen.
13/6

Tischler-Verein zu Berlin.

G. G. 89.

Sonnabend, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Wichtige Vereinsangelegenheiten. Ausgabe der Billets zur Dampf-
partie am Sonntag, den 9. Juli, nach Hefenwinkel.
Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.

196/16 Der Vorstand.

Achtung! Brauerei-Handwerker!

Sonntag, den 25. Juni, nachmittags 2 Uhr:

Öffentl. Versammlung der in Brauereien beschäft. Handwerker, Maschinisten und Heizer

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 1).

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission über die Antwort der Brauerei-
besitzer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Wir erwarten pünktliches und pünktliches Erscheinen. Wichtig
für guten Verlauf der Versammlung. Kein Handwerker darf fehlen. Wir
vermeinen besonders darauf, daß die Versammlung durchaus pünktlich er-
öffnet wird.

Die Kommission der Brauerei-Handwerker.
176/16 J. H.: W. Siering.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Allgemeine Kranken- und Sterbe-Kasse der Metallarbeiter
E. H. 29, Hamburg, Filiale Berlin 4.

Sonnabend, den 24. Juni, abends 9 Uhr, bei Wexlowski,
Andreasstr. 26:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht pro Mai. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Bericht-
erstattung über die außerordentliche Generalversammlung zu Hamburg.
4. Verschiedenes.

Reichliches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet
Die Ortsverwaltung.

NB. Durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, muß ich meine
Baterstadt Berlin verlassen, um in Hamburg eine Stellung als Kassen-
beamter anzunehmen. Bei meinem Scheiden sage ich allen Freunden und
Bekanntem für das volle Vertrauen, was Sie mir in den langen Jahren
meiner Tätigkeit als Bevollmächtigter obiger Filiale geschenkt haben, meinen
besten Dank mit dem Wunsche, dies Vertrauen auf meinen Nachfolger zu
übertragen und rufe zum Schluß allen Genossen, Freunden und Bekannten
ein herzlichstes Lebemuhl zu.
25556

Max Mäcker, Former.

Verlosungsartikel zu Landpartien, für Vereine etc.

nur Neuheiten, sowie Lampfons,
Stocklaternen, Fackeln,
Girlanden, Wimpeln, Fahnen, Schärpen, Scherz-
artikel, humoristische Kopfbedeckungen, Musik-
instrumente, Radausachen, spottbillig im 135512*
Alte Jacobstr. 93, P. H. Gotthilf, Alte Jacobstr. 93,
an der Seydelstraße.

Kinderwagen-Bazar „Baby“.

Größtes Spezialhaus

für 32742*

Kinderwagen u. Sportwagen. Metallbettstellen

auch für Erwachsene.

Allerbilligste Kassapreise, auch bei größeren
Ratenzahlungen.

1. Lager: Invalidenstr. 160, an der Brunnenstraße.
2. Brunnenstr. 92, an der Rügenstraße.
3. Reinickendorferstr. 20 Nummer acht.
4. Beusselstr. 18, an der Turmstraße.
5. Belle-Alliancestr. 107, am Hallsch Tor.
6. Tauentzienstr. 7a, an der Riesenbergstraße.
7. Oranienstr. 31, an der Waldbergstraße.
8. Frankfurterstr. 115, a. d. Andreasstraße.
9. Spandau, Havelstr. 20.

Max Kaplan

1 Friedrichstraße 1.

Maß-Anfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen

Gegr. 1875

Schirme.

Gegr. 1875

Sommer-Paletots, neueste Muster M. 15, 16, 18, 20, 24 usw.

Sommer-Paletots, Seidentatter, hervorragend elegante Ausführung M. 42

Jackett-Anzüge in allen Farben, neueste Fassons M. 20, 21, 22, 50, 24, 25, 26 usw.

Entzückende Neuheiten

in Knaben-Garderobe.

Wäsche.

Leichte Sommer-Jacketts M. an. Krawatten.

in Lustre, Alpaca usw. von

BERLIN NO. 18., den 21. Juni 1905.
Landsberger Allee 11-13.

Am 20. Juni 1905 verschied an den Folgen eines
schweren, qualvollen Herzleidens der Begründer des
Böhmischen Brauhauses und Senior der Geschäftsinhaber

Herr Armand Knoblauch

Gerichts-Assessor a. D.

im 74. Lebensjahre.

Mit väterlicher Fürsorge leitete er fast vier Jahr-
zehnte seine Schöpfung in treuester Pflichterfüllung
bis zum letzten Atemzuge!

Dem teuren Entschlafenen, der in den vielen Jahren
unseres Zusammenarbeitens uns stets ein leuchtendes
Vorbild war, im Schaffen und Wirken nachzueifern,
wird unser ernstes Bemühen sein.

Die Geschäftsinhaber:

Bernhard Knoblauch.
Richard Knoblauch. Max Knoblauch.

Nachruf!

Am 20. d. Mts. wurde unser hochverehrter Freund,
der persönlich haftende Gesellschafter des Böhmischen
Brauhauses

Herr Direktor Armand Knoblauch

durch den Tod aus unserer Mitte abgerufen. Der
Verewigte hat unsere Gesellschaft begründet und bis
zu seinem Ableben geleitet; mit unermüdlichem Eifer
und seltenem Geschick hat er die Arbeit seines Lebens
darauf verwendet, das von ihm begonnene Unter-
nehmen stetig zu fördern und innerlich zu festigen,
und es ist ihm zu verdanken, daß das Böhmische
Brauhaus die geachtete und angesehene Stellung er-
langt hat, welche es einnimmt.

Eingedenk dieser seiner großen Verdienste und in
Würdigung seiner vortrefflichen persönlichen Eigen-
schaften betrauern wir seinen Verlust aufs tiefste und
werden sein Andenken in Ehren halten.

Berlin, den 21. Juni 1905.

Böhmisches Brauhaus
Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch.
Der Aufsichtsrat: Grafe.

Am 20. Juni cr. hat uns der Tod unseren hoch-
verehrten Chef, den Begründer des Böhmischen Brau-
hauses, Herrn Direktor

Armand Knoblauch

plötzlich entzissen.

Das Andenken an den Heimgegangenen, der uns
stets ein väterlicher Freund und Berater war und
dessen strenge Pflichterfüllung uns immer ein Vor-
bild bleiben wird, wird uns allen ein dauerndes sein.

Das Personal des Böhmischen Brauhauses.

Greift zu!

dem Besten

Monats-Anzüge 6,50 RM an
Abonnements-Anzüge 9,50
Partie-Anzüge
teilw. m. unmerklich. Zehler. 10,50
Reise-Anzüge 15,
Anzüge, Erbst. für Maß. 20,
Kammgarn-Hosen oder
Jadetts 3,
Getragene Kleidungsstücke von Ra-
valieren, Reisenden, aus den feinsten
Werkstätten Berlins, teils von Hol-
lieferanten, kolossal billig. 10/20*

Bitte **Zentral-Keller, Berlin,**
35 Neanderstr. 35, an der
3. Minut. v. Stadtbahn Zimmernbrücke

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes

Hermann Kape

sage allen Verwandten, Freunden,
Kollegen und Genossen, besonders
dem Deutschen Metallarbeiter-Ver-
band, den organisierten Klempnern
des Deutschen Metallarbeiter-Ver-
bandes, dem Bahverein, dem
482. Bezirk, den Kollegen der Werk-
statt S. Schmidt meinen besten Dank.
Die trauernde Witwe
Emma Kape, geb. Ruch, nebst Kindern,
25665 Bollinerstr. 21.

Große Betten 12 M.

(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit
gereinigtem neuen Federkern bei
Gutted Vorkig, Berlin N., Pringel-
straße 46. Preisliste kostenlos. Bitte
Anerkennungs schreiben.

Hochwaldparzellen,
60jähr. Bäume, direkt Bahn, idyllisch,
Angelegenheit, verl. bei kleiner An-
und Abzahlung. Auskunft sofort.
Aug. Puchert im Borocit Taden,
dorf (Votsd. Bahn). 23632*

Portieren

Spezialität!
(ca. 200 Genre.)

Einzelne Garnituren
spottbillig. 3351L*

Spezial-Katalog (ca. 600 Illustr.)
grat. u. franko.

Teppich-
Spezialhaus **Emil Lefèvre**
Oranienstrasse 158 Berlin
S.

Die unreellen Geschäfte,

die da
vorzulegen
und ablassen
verbieten viel
mehr als solche
mit festen Preisen.
Bei letzteren, zum Bei-
spiel bei Schlegler,
Luzstr. 85, macht es nur
der große Umsatz u. die Weiter-
empfehlung, welche sich billige
Preise bei guter Ware ermöglicht.

Andreas-Garten

Andreasstr. 26.

Empfehle der geehrten Nachbarschaft,
Freunden und Vereinen meine Lokal-
itäten zu Versammlungen und Fest-
lichkeiten. Fremdenzimmer mit guten
Betten, Garten, Regalbahn. Best-
gepflegte Biere, guter Mittags-
tisch von 60 Pf. an. Salte und
warme Speisen in bekannter Güte.
Jeden Sonntag **Tanz**
bei freiem Eintritt. 330112*

Es ladet ergebenst ein
Franz Morkowski.

Was liest der Arbeiter?

Ein Arbeiterblatt sollte die Antwort lauten, und als Arbeiterblatt am Ort kommt seinem Inhalt nach einzig der „Vorwärts“ in Betracht. Leider kann die Antwort auf die gestellte Frage nicht rückhaltlos mit „Ja“ erteilt werden. Gewiß ist es richtig, daß der „Vorwärts“, namentlich seitdem er im eigenen Betriebe der Partei hergestellt wird, außerordentlich an Verbreitung gewonnen hat. Wo ist ein politisches Parteiblatt in Berlin, das über 2000 Abonnenten aufweisen kann, dessen Auflage in knapp drei Jahren um 80 Proz. zugenommen hat? Aber als das Blatt der Berliner Arbeiter kann der „Vorwärts“ sich trotz dieses gewaltigen Erfolges wenigstens insoweit nicht bezeichnen, als neben ihm noch andere Zeitungen in der Arbeiterschaft eine beträchtliche Rolle spielen. Noch sind viele zehntausende Arbeiter in Berlin vorhanden, die für bürgerliche Blätter ihr Geld hingeben. Zwar hat der beschämende Zustand ein Ende genommen, daß Berliner Proletarier aus der Freimutspresse sich ihre geistige Nahrung holen; an die Stelle dieser Zeitungen aber sind jene unparteiischen Organe getreten, die ihrer Leserschaft schlimmer als es je die liberale Presse vermochte, mit ödem Tratsch und Klatsch das Hirn verflüsteren. Gegen die unparteiisch schillernde Presse muß sich in Wohnung und Werkstatt die Agitation wenden und jeder unserer Parteigenossen und Genossinnen hat in nächster Nachbarschaft Gelegenheit, in dieser Agitation der Partei und dem Parteiorgan neue Anhänger zu werben!

Es ist bekannt, daß der „Vorwärts“ seit dem 1. April auch den Wünschen seiner vielen Leser in den Berliner Vororten insoweit entgegengekommen ist, als er in einer besonderen

Vorortbeilage

die kommunalen und lokalen Ereignisse der vielen Gemeinden rings um Berlin herum weit mehr als früher schon geschieht, berücksichtigt. Bisher war es solchen Abonnenten in den Vororten, die ihr Blatt durch die Post bezogen haben, zum Teil nicht möglich, diese besondere Ausgabe zu erhalten. Dieser Mangel ist jetzt durch ein Uebereinkommen mit der Post beseitigt worden. Wir bitten diejenigen Post-Abonnenten, die die Vororts-Ausgabe beziehen wollen, vor Beginn des neuen Vierteljahres das Blatt wie folgt zu bestellen:

„Vorwärts“, Berliner Volksblatt, Ausgabe für Berlin und Vororte.

Die Abonnenten erhalten dann zum üblichen Preise von 1 M. 10 Pf. pro Monat die Vororts-Ausgabe überwiesen. Wenn irgendwo, so erwächst unsern Parteigenossen in den Vororten die Pflicht, dem „Vorwärts“ neue Leser zuzuführen!

Zweiter ordentlicher Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Stuttgart, 21. Juni 1905.

Zweiter Verhandlungstag.

Die heutige Sitzung wird vom Vorsitzenden Madestof eröffnet und geleitet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt er die Meldung verschiedener Tagesblätter richtig, darauf folge das württembergische Ministerium des Innern auf dem Kongress nicht vertreten sei. Das Ministerium ist vertreten.

Der Vorsitzende des Stuttgarter Konsumvereins gibt eine Erklärung ab, wonach die in einem Artikel des Gewerkschaftsorgans der Transportarbeiter aufgestellte Behauptung, der Stuttgarter Konsumverein verbitte es seinen Angestellten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, auf Unwahrheit beruhe. Ein Vorstandsmitglied des Konsumvereins sei sogar Gewerkschafter. Er erwähnt weiter die in einer Versammlung von einer hier am Kongress teilnehmenden Dame getane Äußerung, im Stuttgarter Konsumverein herrschten keine idealen Zustände. Das ideale Zustände seien, darüber könne man verschiedener Meinung sein. Die Höflichkeit gegen eine Dame und die Gastfreundschaft einem hier weilenden Gaste gegenüber verbitte ihm aber, näher auf den Vorwurf einzugehen.

Dem Referate des Verbandssekretärs Kaufmann über die weitere Entwicklung des genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisses lag folgende vom Vorstand und Ausschuss den Delegierten vorgeschlagene Resolution zugrunde:

Für die kaufmännischen Angestellten der Vereine und Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sind folgende Einrichtungen als noch Lage der Dinge heute durchführbar und angemessen zu bezeichnen:

Für die Ladenangestellten: Achtstündiger Ladenschluß.

Für die Kontor- und Lagerangestellten: achttündiger Arbeitstag.

Für sämtliche Angestellte: Arbeitsruhe an Sonn- und Festtagen; jährlich eine Woche Ferien unter Fortzahlung des Gehalts.

Anstellung und Beförderung sämtlicher Angestellten durch den Verein. Im Falle militärischer Leistungen Fortzahlung des Gehalts bis zu sechs Wochen.

Die Entlassung eines Angestellten kann nur unter folgenden Voraussetzungen erfolgen:

a) bei beschleunigter Verminderung des Personals, wobei zunächst die zuletzt angestellten Personen der in Betracht kommenden Kategorien zu entlassen sind;

b) bei Erkrankung von mehr als dreimonatiger Dauer;

c) bei sonstiger persönlicher Unbrauchbarkeit.

Die gesetzlichen Entlassungsgründe (§ 72 des S.-G.) werden, soweit sie nicht durch b eingeschränkt sind, durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

Falls bei Differenzen zwischen kaufmännischen Angestellten und Verwaltung ersterer die Hinzuziehung der Vertrauensperson der Gewerkschaft wünschenswert ist, so ist diese seitens der Verwaltung als der vollberechtigten Vertretung für die Interessen der Angestellten anzuerkennen und demgemäß mit ihr zu verhandeln.

Bei Bedarf an kaufmännischen Arbeitskräften sind diese durch den Arbeitsnachweis des Handlungsgehilfenverbandes am Orte event. durch den Zentralarbeitsnachweis dieser Organisation zu beziehen. Das Recht der Verwaltung der Konsumvereine, ausnahmsweise aus ihren Mitgliedern auch gewerkschaftlich Organisierte anderer Berufs für kaufmännische Arbeiten anzustellen, wird hierdurch nicht beschränkt.

Soweit günstigere Arbeitsbedingungen bereits bestehen, unterliegen diese durch die vorstehenden Bestimmungen keiner Einschränkung.

Bei Durchführung dieser Bestimmungen sind die örtlichen Verhältnisse in angemessener Weise zu berücksichtigen.

Der Referent erinnert an den im vorigen Jahre in Hamburg gefassten Beschluß, den Vereinen den mit dem Verband der Bäder vereinbarten Arbeits- und Lohnvertrag zur Annahme in den Genossenschaftsbädereien zu empfehlen, und gibt ein ausführliches Statistisches über die Durchführung dieses Beschlusses. Die Statistik ergibt, daß die großen dem Verband zugehörigen Konsumvereine den Tarif in ihrer großen Mehrheit in den Genossenschaftsbädereien anerkannt

haben, daß aber eine große Anzahl namentlich dem Verbande nicht angehörender Vereine den Tarif nicht anerkannt haben. In einer größeren Anzahl von Genossenschaftsbädereien sind allerdings auch die Bäder nicht organisiert. Sieht man von diesen Bädereien mit nicht organisierten Bädern ab, so haben 17 dem Verband angehörende Vereine den Tarif nicht anerkannt. Der Referent spricht die Erwartung aus, daß auch diese den Tarif bald zur Einführung bringen werden, in den übrigen Vereinen, wenn sich die Bäder ihrer Gewerkschaft anschließen, die Vereinsleitungen aber von selbst zur Einführung des Tarifs gelangen werden.

Lorenz (Geschäftsführer der Einkaufsgesellschaft) begründet folgenden Antrag: Der Zweite ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 19. bis 21. Juni in Stuttgart beschließt, die auf dem Hamburger Genossenschaftstage beschlossene Resolution Johannes, wonach lediglich auf Grund des mit den Bädern vereinbarten Tarifs Verhandlungen mit dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter eingeleitet werden sollen, aufzuheben, und beauftragt den Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, mit dem Vorstand des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands zwecks Ausarbeitung eines neuen Tarifes in Verhandlung zu treten und, falls eine Vereinbarung erzielt wird, diesen Entwurf dem nächstjährigen Genossenschaftstage vorzulegen. Bei der Vereinbarung ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß der einseitige Charakter der mit den Gewerkschaften abzuschließenden Tarife beseitigt bleibt.

Der Antrag ist dadurch beantragt worden, daß der Verband der Transportarbeiter Verhandlungen auf Grund des Bädertarifs abgelehnt hat, weil ihm die Bädereiarbeiterforderungen nicht genügen. Die Genossenschaften waren aber infolge des vorjährigen Beschlusses nicht in der Lage, auf anderer Grundlage mit den Transportarbeitern zu verhandeln, und es entstand eine recht unangenehme Situation zwischen den Genossenschaften und dem Transportarbeiterverband, da der Verband nun einen Kleinstreit mit den einzelnen Vereinen zu führen begann. Der obige Antrag soll eine Brücke für neue Verhandlungen darstellen. Auch er ist eine Frucht der in Köln geführten Verhandlungen. Daß der Antrag angenommen wird, liegt auch im Selbstinteresse der Genossenschaften, da doch nicht jede Genossenschaft besondere Tarifverträge abschließen kann, sondern hier möglichst Einheitlichkeit geschaffen werden muß. Die Genossenschaften erklären sich durch den Antrag zu neuen Verhandlungen bereit, es ist damit nicht gesagt, daß man ohne weiteres die früher gestellten Forderungen des Transportarbeiterverbandes bewilligt werden sollen. Die Annahme aller dieser Forderungen erscheint uns auch heute noch unmöglich. Die Genossenschaften sind aber ohne weiteres bereit, die allgemeinen gewerkschaftlichen Forderungen zu bewilligen, die Gewerkschaften als die berufsmäßigen Vertreter der Arbeiter anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln, sie sind auch bereit, Tarifverträge abzuschließen. Wir erwarten aber auch von den Transportarbeitern, daß sie einen Waffenstillstand zustimmen werden, bis die Verhandlungen zu einem gedeihlichen Abschluß geführt worden sind. (Beifall.)

In der Diskussion erklärt Altman (Vorsitzender des Bäderverbandes), daß der Verband im allgemeinen mit der Durchführung des Tarifs zufrieden sei. Immerhin hätten sich noch einige Vereine sehr ablehnend verhalten, und er hätte manchmal etwas „aufdringlich“ werden müssen (Geisterzeit), um etwas zu erreichen. Der Verband sei bei Durchführung des Tarifs sehr loyal verfahren, die örtlichen Verhältnisse seien stets berücksichtigt worden. Wo seitens der Vereine Entgegenkommen gezeigt worden sei, da habe man überall längere Ueberlegungszeiten bewilligt.

Frau Steinbach: Es ist mir zweifelhaft, ob die vorliegenden Anträge durchgeführt werden können. Unter die Forderungen ist die Einführung des Achtstündigen Ladenschlusses aufgenommen. Ich kann dieser Forderung für alle Tage nicht zustimmen. Als Frau muß ich sagen: der Achtstündige Ladenschluß ist am Sonnabend und an den Abenden vor Festtagen nicht möglich. Die Frau sitzt auf Stednadeln am Sonnabend, bis der Mann mit dem Lohn nach Hause kommt. Sie kann meist ihre Einkäufe nicht vor 8 Uhr erledigen. Durchführbar wäre die Forderung nur, wenn der Achtstündige Ladenschluß allgemein gesetzlich festgelegt wäre. Auch die völlige Sonntagsruhe halte ich bei der heutigen Lage der Verhältnisse für schwer möglich. Man treibt dadurch die Mitglieder in die am Sonntag geöffneten Geschäfte.

Den Vertretern der Gewerkschaften wird eine doppelte Redezeit von 20 Minuten gewährt.

Friedrich (Vertreter der Gewerkschaft der Lagerhalter): Gegen die Ausführungen Kaufmanns habe ich nichts einzuwenden, sie decken sich theoretisch mit unserer Ueberzeugung. Wir hoffen zu festen Vereinbarungen über die Arbeitszeit der Lagerhalter und Lagerhalterinnen zu kommen. Bekümmert haben wir darüber, daß die gesetzliche Ruhezeit nicht immer eingehalten ist und die Mantelgelder zu gering sind. Vor allem müssen wir auf feste Bezahlung dringen und uns gegen den Lohn nach Prozenten vom Umsatz erklären. Frau Steinbach hat hier merkwürdigerweise nur das Konsumenteninteresse berücksichtigt. So traurig sieht es mit den Mitgliedern der Konsumvereine nicht, daß sie nicht den Achtstündigen Ladenschluß auch am Sonnabend vertragen können. Die Genossenschaften haben auch das Interesse ihrer Angestellten zu berücksichtigen. Von den Gewerkschaften wird für die Lohnzahlung am Freitag eingetreten, und diese Forderung wird immer allgemeiner durchgeführt. Die Angestellten sind auch Menschen, denen eine gewisse Ruhezeit zu gönnen ist.

Heißner, Dresden: Die von Frau Steinbach geschilderten Zustände sind vorhanden, müssen aber geändert, nicht konserviert werden. Die Verhandlungen in Köln haben, soweit es sich um die Genossenschaftsbewegung handelte, nicht auf der Höhe gestanden. Daß unsere Mitglieder noch sehr der Erziehung bedürfen, ist zuzugestehen, aber gerade das ist Aufgabe der Gewerkschaften. Die Anträge fasse ich als prinzipielle Erklärung auf, und unter diesem Gesichtspunkt halte ich sie für durchaus annehmbar.

Beitz, Dessau weist die Angriffe auf dem Gewerkschaftskongress in Köln von Josephson-Hamburg auf den Dessauer Verein als ungerichtet zurück. Josephson habe in Köln behauptet, im Dessauer Konsumverein würde ein Monatsgehalt von 20 M. gezahlt und nur mit Mühe sei dieses Gehalt um 5 M. erhöht worden. Tatsächlich sei früher für Lehrlinge im ersten Vierteljahr ein Anfangsgehalt von 20 M. gezahlt worden, im zweiten Vierteljahr seien 30 M. gezahlt und dann sei jedes Vierteljahr das Gehalt um 5 M. bis zur Höhe von 60 M. gestiegen. Auf Veranlassung der Organisation sei der Monatslohn in Wochenlohn umgewandelt worden und eine Woche Ferien bewilligt worden. Lehrlinge erhielten im ersten Vierteljahr wöchentlich 5 M., der Wochenlohn steige, bis er im achten Vierteljahr 14 M. betrage. Die Angestellten hätten sich damit zufrieden gegeben.

Josephson, Hamburg (Vertreter des Verbandes der Handlungsgehilfen): Die vom Referenten aufgestellten Grundzüge haben unsere Zustimmung erhalten unter der Voraussetzung, daß der Inhalt des Schlusses über die „örtlichen Verhältnisse“ nicht von leistungsfähigen Vereinen für sich in Anspruch genommen wird. Die Einwendungen von Frau Steinbach gegen den Achtstündigen Ladenschluß sind ganz berechtigt. Wir sind doch alle der Ueberzeugung, daß die rückständigen Einrichtungen nicht die ertragreichsten sind. Es ist auch unrichtig, daß die Arbeiterfrauen auf den Lohn angewiesen sind, den der Mann am Sonnabend spät abends nach Hause bringt. Es werden in vielen Industrien Vorläufe gezahlt. (Widerspruch.) Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz, einer der größten, hat den Achtstündigen Ladenschluß ohne nachteilige Folgen durchgeführt.

Die Debatte wird hierauf durch einen Schlußantrag geschlossen. Die beiden Anträge werden einstimmig angenommen, der erste Antrag mit einem Amendement Feuerstein, wonach in dem Einleitungsparagraphen die Worte „im allgemeinen“ eingefügt werden, so daß er lautet: „Für die kaufmännischen An-

gestellten der Vereine und Genossenschaften des Zentralverbandes sind folgende Einrichtungen als nach Lage der Dinge heute im allgemeinen durchführbar und angemessen zu bezeichnen.“ (Schluß folgt.)

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. In der Versammlung, die kommenden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in den Armhallen, Kommandantenstr. 20, stattfindet, spricht Genosse Kaliski über „Die Reptilienpresse“. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Fünfter Wahlkreis. Sonntag, den 25. Juni: Familienausflug der 7. Abteilung nach Pichelswerder. Treffpunkt: 9 Uhr, Bahnhof Oranienburg. Nachzügler in Pichelswerder beim alten Freund. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Das Schicksal der Waisenanstalt Kummelsburg ist besiegelt. Die Verwandlung, die der Magistrat fordert und der Ausschuss gutgeheißen hat, ist vom Plenum beschlossen worden. Herr Cassel tröstete: „Wir heben ja die Anstalt nicht auf“, wiewohl er so gut wie jeder andere weiß, daß sie als „Erziehungsanstalt“ mit diesem Beschluß tatsächlich nahezu aufgehoben wird.

Aus diesem langen und heftigen Streit um Kummelsburg ist nun die Waisenverwaltung als „Siegerin“ hervorgegangen, aber wir glauben nicht, daß sie ihres „Sieges“ froh sein wird. Die wiederholten Debatten, die über diesen Umwandlungsplan geführt worden sind, haben die skandalösen Mißstände unserer Berliner Waisenpflege in all' ihrer Kräßheit gezeigt. Auch in der gestrigen Sitzung wurde hierzu von unseren Parteigenossen noch mancher Beitrag geliefert. Bernstein, Stadthagen und Talsdorf führten noch einmal den zwingenden Beweis, daß die Familienpflege unter keinen Umständen den Vorzug vor der Anstaltspflege verdient. Was die Redner des Magistrats, die Stadträte von Friedberg und Straßmann, hiergegen vorbrachten, war ein mattes Gerede. Oberbürgermeister Kirchner schwieg. Er fühlte wohl, daß hier kein Ruhm zu holen war; darum ließ er die zweite und dritte Garnitur reden. Auch Herr Cassel hatte keinen guten Tag. Gegen die leidenschaftliche Wärme, mit der die sozialdemokratischen Redner ihre Ueberzeugung verfochten, stach sein töndendes Pathos sehr unvorteilhaft ab. Das Ergebnis der Debatte war, wie schon gesagt, die Annahme der Magistratsvorlage. Zugleich wurde aber ein Antrag unserer Parteigenossen angenommen, durch den der Magistrat um Einsetzung einer gemischten Deputation ersucht wird, die mit der grundsätzlichen Prüfung der Frage „Anstalts- oder Familienpflege“ betraut werden soll. Es wird sich also Gelegenheit finden, dort noch einmal die Mißstände unserer Waisenpflege zu beleuchten. Und der Weiter der Waisenverwaltung wird noch einmal in die Lage kommen, all' diese Mißstände mit den haltlosen Argumenten zu verteidigen, nach denen er gestern in seiner Stillsitzigkeit haschte.

Aus dem weiteren Verlauf der Sitzung ist die Debatte über die Licht- und Luft-Sportbäder hervorzuheben. Gegenüber unserem Genossen Weyl, der die Einrichtung solcher Bäder den Aufgaben der Kommune zuschrieb, vertrat Stadtrat Straßmann die beschämend rückständigen Anschauungen, durch die dieser Leiter unseres städtischen Gesundheitswesens sich einen Namen gemacht hat. Auch Herr Langerhans hieß in dieselbe Kerbe; ihm wird man's nicht weiter übelnehmen wollen. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Errichtung von Licht- und Luft-Sportbädern durch die Gemeinde forderte, wurde abgelehnt. Angenommen wurde nur ein von freisinniger Seite gestellter Antrag, die hierauf bezügliche Petition des Verbandes der deutschen Ärztevereine dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Wenig, und vielleicht noch nicht mal aus gutem Herzen!

Von der Milchzentrale. In der Brauerei Friedrichshain fand gestern um 1 Uhr eine außerordentliche General-Versammlung der Zentrale für Milchbewertung statt. In der Generalversammlung vom 6. Januar war beschlossen worden, einen letzten Versuch zur Unterbringung von 6000 Geschäftsanteilen der Milchzentrale zu machen; falls die Unterbringung bis zum 1. Mai nicht gelänge, sollte darauf verzichtet werden, den Milchmarkt durch Festsetzung eines Mindestpreises zu regulieren; den Mitgliedern des Milchringes sollte es dann freistehen, zu jedem beliebigen Preise zu verpacken, während der Milchring keinerlei Verpflichtung zur Aufnahme unverpackter Milchvorräte mehr hätte. Die Unterbringung der 6000 neuen Geschäftsanteile ist trotz einer umfangreichen Agitation in den Kreisen der Milchproduzenten nicht gelungen. Vorstand und Aufsichtsrat der Milchzentrale haben jedoch den Mitgliedern einen gedruckten Antrag unterbreitet, wonach der frühere Beschluß der Generalversammlung vom 6. Januar aufgehoben und stattdessen eine Festsetzung des Milchpreises auf 12 Pf. ausgesprochen werden sollte, wobei dem Milchring von diesen 12 Pf. in Zukunft eine Abgabe von einem halben Pfennig zufallen sollte, so daß die Mitglieder im ganzen für ihre Milch 11 1/2 Pf. frei Berlin erhalten würden. Die Abnahmepflicht des Milchringes sollte künftig nur für denjenigen Teil der Milchproduktion eintreten, der sich aus dem Durchschnitt der drei milchknappen Monate September, Oktober und November ergebe; die Mehrproduktion über 20 Proz. dieses Durchschnittes sollte den Mitgliedern des Milchringes nur zu dem Satz vergütet werden, den die Milchzentrale selbst herausgewirtschaftet hätte. Bei diesem Antrage würden die marktlichen Milchproduzenten, die nach der wiederholten Erklärung des Milchringes nicht unter 13 1/2 Pf. pro Liter produzieren können, ihre Milch mit 2 Pf. unter den Produktionskosten an den Milchring zu liefern haben, wobei ein erheblicher Bruchteil ihrer Produktion vielleicht nur 6 oder 7 Pf. erzielen würde. Zur Frage des Imports dänischer Milch sagte Herr Ring: Es sei allerdings von den nordischen Landwirten in Verbindung mit den Organisationen der Milchhändler beabsichtigt, den Import der dänischen und der schwedischen Milch in großen Wassiwagen nach Berlin durchzuführen, wodurch der Bezugspreis für diese ausländische Milch unter den Ringmilchpreisen sinken würde, selbst wenn man die Eisenbahnfracht in Betracht ziehe. Nach den Schritten, die er jedoch im Interesse der Milchzentrale bei den Behörden unternommen habe, könne er den Genossenschaftlern die bestimmte Versicherung geben: niemals werde einer der angekündigten Wassiwagen mit ausländischer Milch zur Konkurrenz für die marktlichen Milchproduzenten in Berlin erscheinen. (Großer Beifall.)

Hoffentlich äußern die Behörden sich zu dieser Mitteilung über die zugunsten der Agrarier beschlossenen Milchpreise!

Der Kampf um die neue Berliner Abdeckerie ist vorläufig zu Ungunsten Berlins entschieden worden. Für die alte Abdeckerie an der Müllerstraße, die der Fiskus endlich eingehen läßt, will bekanntlich der Magistrat dadurch Ersatz schaffen, daß er eine solche Anstalt errichtet. Das ist auch ganz in der Ordnung; denn ein gesundheitlich so wichtiges Unternehmen kann nicht der Gewissenlosigkeit profitierender Privatkapitalisten überlassen werden. Aber wohin mit der neuen Abdeckerie? Der Magistrat hat das Berliner Riefelgut Blankenfelde dazu ausersehen, mit ihr beglückt zu werden, und er will ihr die weniger übel duftende Bezeichnung „Fleischverwertungs- und Fleischverrichtungsanstalt“ geben. Unsere Leser erinnern sich der Debatten, die im letzten Winter in der Stadtverordneten-Versammlung darüber geführt worden sind, ob diese Anstalt den Ansprüchen der Heimstätte Blankenfelde sowie den Bewohnern der benachbarten Dörfer lästig werden und ihre Gesundheit beeinträchtigen könne. Von sozialdemokratischer Seite wurde das als leider sehr wahrscheinlich angesehen, von rechtsinniger Seite und vom Magistrat wurde es bestritten. Die Bewohner der gefährdeten Orte erhoben gegen den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung Einspruch beim Nieder-Barnimer Kreis-Ausschuß, und dieser hat nun die Genehmigung zur Errichtung der geplanten Abdeckerie verweigert. Den Magistrat vertrat vor dem Kreis-Ausschuß der Stadtrat Fickel — derselbe, der in der Stadtverordneten-Versammlung ebenso ungeschickt wie anmaßend die Warnungen der sozialdemokratischen Stadtverordneten als belanglos abzuweisen versucht hatte und höhnisch ihnen erwidert hatte, Berlin habe es weiter nicht nötig, über die in Betracht kommenden Vorortgemeinden „sich den Kopf zu zerbrechen“. Vor dem Kreis-Ausschuß hat dieser Herr weniger Glück gehabt. Seine Proklamation in den Sachverständigen-Gutachten, durch die er auf die freisinnige Stadtverordneten-Mehrheit Eindruck machte, ist hier in ihr natürliches Nichts zusammengefallen. Die Sachverständigen, die zur Verhandlung des Kreis-Ausschusses geladen waren, äußerten sich wesentlich anders, und daraufhin hat der Ausschuß die Genehmigung verweigern müssen. Berlin wird nun gegen diesen ablehnenden Beschluß Beschwerde beim Handelsministerium einlegen. Wir wollen abwarten, ob es dem Magistrat dort besser gelingt.

Für die Errichtung eines vorläufigen großen Erweiterungsbauwerks des Anhalter Güter-Vahnhofes wird jetzt der größte Steinmetz-Werksplatz im Innern Berlins, der sich auf eisenbahnfälligen Gelände an der Ecke der Jork- und Rüdernstraße hinzieht, abgebrochen.

In der Hufbeschlags-Lehrschmiede zu Charlottenburg beginnt der nächste Kursus Montag, den 10. Juli d. J., vormittags 8 Uhr. Meldungen zur Teilnahme sind an den Vorsteher Stadtschmiedmeister a. D. Herrn Brand zu Charlottenburg, Spreerstr. 58, zu richten. Zur Aufnahme sind erforderlich: 1. Der Nachweis über Erlernung des Schmiedehandwerks. 2. Ein polizeiliches Führungsattest. 3. Der Nachweis, daß das 19. Lebensjahr vollendet ist. Die Kursusgebühr beträgt 40 M., die Prüfungsgebühr 10 M. Anträge auf Freistellen, welche in beschränkter Anzahl bei nachgewiesener Unbemitteltheit vergeben werden können, sind besonders beizufügen.

Der frühere Verleger der „Volk-Zeitung“, Herr Emil Cohn, ist Mittwoch abend, 72 Jahre alt, gestorben. Herr Cohn war an mehreren Wohltätigkeitsinstitutionen, u. a. im Asylverein für Obdachlose tätig. Er hat sich die Hochachtung aller derer zu erwerben gewußt, die ihm jemals näher getreten sind.

Eine Bande junger Einbrecher, die sich namentlich zur Plünderung von Ladenschränken und Wägen zusammengefaßt hatten, wurde von der Kriminalpolizei festgenommen. Zwei ihrer Mitglieder, die Gebrüder Julius und Kurt Reuber, gehören bereits zu den Oberspreeräubern, die vor einigen Jahren ein kleines Schützenregiment führten, bewaffnet in die Gastwirtschaften am Wasser einbrachen, u. a. in „Nübezahl“ am Müggelsee eine noch jetzt dort als Schenkwürdigkeit aufbewahrte Gaudiar-Beim-Angriff auf die einsam wohnenden Wirtswirte mit Hinten- und Revolverkugeln durchlöchernten, und nach langwierigen und mühevollen Nachforschungen von Kriminalkommissar Damm endlich unschädlich gemacht wurden. Kurt Reuber blieb auf freiem Fuße, weil er damals das strafmündige Alter noch nicht erreicht hatte. Sein älterer Bruder Julius wurde zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, später aber als lungenkrank aus der Straf-anstalt entlassen. Die beiden Reuber, die bei ihren Eltern in der Straßmannstraße gemeldet waren, hatten sich mit einem wohnungslosen Paul Rißmann und einem gewissen Reinhold Siebenhaar, der bei seiner Mutter in der Raunynstr. 8 wohnt, zu gemeinsamen Diebstählen vereinigt. Während Kurt Reuber seiner Arbeit nachgehen und der kranke Julius im Friedrichshain die frische gesunde Luft genießen sollte, hielten alle vier den Tag über bei Siebenhaar in der Wohnung Einbruchspläne für die nächste Nacht aus. In der vorletzten Nacht hatten sie es auf die Kasse eines Geschäfts für Gas- und Wasseranlagen in der Kommandantenstr. 58 abgesehen. Ein Sohn des Geschäftsinhabers aber sah vom Fenster eines Obergeschosses aus, wie sie sich mit Nachschlüsseln an der Tür zu schaffen machten, vertrieb und verfolgte die Einbrecher mit Hilfe anderer Leute und sorgte für ihre Festnahme. Durch Beobachtung des jüngeren Reuber entdeckte die Kriminalpolizei auch den Schlupfwinkel in der Raunynstraße, und nachdem sie hier Beutestücke aus verschiedenen Einbrüchen gefunden und beschlagnahmt hatte, bequamen sich die Verhafteten zu einem Geständnis.

Die Auflösung des „Klub von 1900“, der in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit viel genannt wurde, steht angeblich unmittelbar bevor, da die Erhaltung des Klubs, die etwa 200 000 M. jährlich erfordert, nach Abschaffung des Kartenspiels kaum möglich ist. Das vorhandene Vermögen soll unter die noch vorhandenen 100 Mitglieder verteilt werden, eventuell wird der Klub in einen bloßen Geselligkeitsverein umgestaltet werden und einen anderen Namen erhalten. Den Hauptbestandteil des Klubvermögens bildet das Klubhaus Bellevuestr. 18a, das einst für 800 000 M. gekauft wurde, aber jetzt zumindest eine Million Mark wert ist. Es ist nur mit 700 000 M. belastet. Auch die Einrichtung des Klubs, die 200 000 M. gekostet hat, ist von erheblichem Werte, sobald bei einer Auflösung des Klubs den einzelnen Mitgliedern noch recht erhebliche Anteile zufallen dürften.

Zwei schwere Automobilunfälle werden vom gestrigen Tage gemeldet. Als gegen 4 Uhr nachmittags die neunjährige Sophie Wihert vor dem Hause Weistr. 26 in Tegel den Fahrdamm überschreiten wollte, lief sie gegen das in mächtiger Geschwindigkeit sich nähernde Automobil des Kommerzienrats Worfzig, in welchem sich der Besitzer mit seiner Frau befand. Obwohl der Chauffeur den Kraftwagen sofort zum Stehen brachte, gelang es ihm doch nicht, ein Unglück zu vermeiden. Die Kleine wurde von dem Automobil erfaßt, dessen Räder ihr über den linken Oberschenkel hinweggingen. Herr Worfzig ließ die Verunglückte, die einen Schenkelbruch erlitten hatte, zunächst zu einem Arzte und von dort nach Anlegung eines Rotverbandes nach dem Paul Gerhardt-Stift transportieren. Nach Angabe von Augenzeugen trifft den Chauffeur kein Verbrechen. Ebenfalls von einem Automobil überfahren wurde auf der Falkenberg Chaussee in Weihensee der 11jährige Schüler B. Der Chauffeur fuhr, ohne sich um den Verletzten weiter zu bekümmern, davon. Der Knabe, dessen Verletzungen sich glücklicherweise als ungefährlich herausstellten, wurde nach der elterlichen Wohnung gebracht.

Die Saison der Preshohlbrände ist angebrochen. Kein Tag vergeht jetzt, an dem die Feuerwehre nicht derartige Brände zu besichtigen hätte. In dieser Woche hatte sie allein an etwa zehn verschiedenen Stellen zu tun. Die Ablosung solcher Brände ist oft sehr zeitraubend, weil die Kohlenhaufen regelrecht umgekipelt werden müssen. In den meisten Fällen liegt Selbstentzündung vor und find auf solche schon häufig große Brände entstanden. Die Ursache der Selbstentzündung ist nun gewöhnlich auf mangelhafte Lagerung der Kohlen zurückzuführen. Hin und wieder ent-

zünden sich mit Kohlen beladene Eisenbahnwagen, sobald diese Kohlen einige Tage in den Waggons lagern und den heißen Sonnenstrahlen ausgesetzt sind. Beim Verladen solcher Kohlen können allerdings keine besonderen Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Anders steht es jedoch bei der Herstellung von Kohlenlagern auf Kohlenplätzen im Freien und in Kohlenellern. Hier ist unbedingt erforderlich, daß zur Verhütung von Selbstentzündungen Luftschächte durch die Kohlenstapel geführt werden. Das Polizeipräsidium hat schon wiederholt auf dieses einfache Mittel hingewiesen. Auf etwa zwei Meter Entfernung müssen durch die Kohlenstapel Ventilationskanäle, sowohl in seiner ganzen Länge, wie auch in der Höhe und Tiefe, angelegt werden. Man kann sie sehr leicht auf die Weise herstellen, daß man auf die angegebene Entfernung zwei Preshohlen mit 6 Zentimeter Zwischenräumen flach als Käufer, über dieselben gleichfalls zwei Preshohlen mit denselben Zwischenräumen als Binder legt und dieses Verfahren durch den ganzen Stapel fortsetzt. Dadurch entstehen dann ein senkrechter und zwei sich kreuzende horizontale Kanäle. Die auf diese Weise verursachte Lüfterneuerung erscheint als geeignet, Selbstentzündung der Preshohlen zu verhindern.

Eine Omnibuslinie durch Rixdorf vom Wäckerplatz bis zum Ringbahnhof wird demnächst in Betrieb genommen. Die behördliche Genehmigung zu dem neuen Verkehrsunternehmen ist bereits eingegangen. Bereits vor Jahren hat schon eine derartige Omnibuslinie bestanden, mußte aber, da sie sich nicht rentierte, eingehen. Inzwischen ist die Bedienung und die Einwohnerzahl Rixdorfs erheblich fortgeschritten.

Feuerbericht. Donnerstag früh kam in der Köpnickstraße 190 in einer Wohnung Feuer aus, das aber in kurzer Zeit erstickt werden konnte. — Mehr Arbeit gab es dann in der Goplerstraße 35/36. Bei Anbruch der Dämmerung stand dort ein großer Holzschuppen in Flammen. Es mußte mit zwei Schlauchleitungen tüchtig Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. — In der Triftstraße 42 brannte abends der Fußboden in einer Küche, während in der Alexandrinenstraße 59 ein Feuer abgelöscht werden mußte, das durch Umfallen eines Spirituslochers entstanden war. — Auch an Preshohlbränden, die jetzt ihre Saison haben, fehlte es in den letzten 24 Stunden nicht. So hatte die Wehr auf dem Güterbahnhofe der Ostbahn, in der Horkstraße 35 und in der Blumenstraße 16 derartige Brände zu unterdrücken. — Die übrigen Alarmierungen, die dann noch aus der Lurmfstraße 43, Dreßdenerstraße 88, Landsberger Allee 126 und noch aus einigen anderen Orten einliefen, waren durchweg auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen.

Kryty-Prizy in neuer Auflage. Dem Leben gegenüber ist die Bühne entseelig konservativ. Sie sieht immer noch Typen aus, die längst zu den Gefilden der Seligen hinübergeordnet sind, weil sie in der heutigen Welt keine Existenzmöglichkeit mehr haben. Hierzu gehört auch der biedere Provinzler, der aus Kryty nach Berlin kommt, um hier den verfluchten Keel zu spielen und Abenteuer zu erleben, von denen seine lästern Phantasie bis dahin nur einen blassen Schimmer hatte. Heute, wo eigens Theaterzüge fahren, wo der Krytyer, der es dazu hat, sich am Ende ein Automobil leistet, ist eine Fahrt nach Berlin gleichgültiger und weniger umständlich als ehemals ein Besuch in der nächsten Kleinstadt. Vielleicht hat die Leitung des Lustspielhauses sich von dieser Einsicht bestimmen lassen, als sie gestern Wilens Post „Kryty-Prizy“ neu angeklümpelt im karikierten Kostüm der fünfziger Jahre auf die Bühne brachte. Diese Rückdatierung der vor vielleicht 25 Jahren zuerst aufgeführten Post ging nicht ohne herbe Anachronismen vor sich, wie denn auch im Zuschauer Zweifel aufstauten, ob die kleinstädtische Welt von demnächst wirklich im Punkte der Ausschweifungen so bescheiden gewesen ist, wie ihre Vertreter, Stadtkämmerer, Apotheker und Bäckermeister aus Kryty, sich geben. Es war der Vergleich mit der Tatjache angebracht, daß heute etwa am Landbühnertag von seinen Teilnehmern ganz andere Genisse — verschmählt werden, von den einen, den wirklichen Bauern, weil sie näckern rechnen müssen, und von den anderen, den mit dem Punde Notleidenden, weil sie sich an den Gaben des Casé Red und der Amorale schon in ihrer ersten Dummheitszeit den Wagen verdorben haben. So mag denn das Wort des Dichters gelten: „Was sich nie und nirgend hat begeben, das allein veraltet nie!“ Die Darstellung war mit kluger Verechnung auf eine sanfte Harmonie gestimmt, in die sich jeder der Mitwirkenden fügte, selbst die Soubrette Frau Wendt, die eben erst vom Apollo-Theater hinweg engagiert war, um die Rolle des Strahmensgerungen in „Berliner Luft“ mit der des ledigen Sekundaners Emil zu vertauschen.

Gerichts-Zeitung.

Der alte Bäckermeister-Brauch.

Am Mittwoch spielte sich wieder einmal eine Episode aus dem getverkschaftlichen Kampfe der Bäcker vor den Schranken des Gerichts ab. Bekanntlich forderte der Bäckerverband beim vorjährigen Streit von jedem Meister, der die Forderungen der Arbeiter anerkennen wollte, daß er dies durch Unterzeichnung einer ehrenwörtlichen Erklärung bekräftige. Wenn die Unterschrift gegeben war, erhielt der betreffende Meister ein Plakat, worin den Kunden mitgeteilt wurde, daß er die Forderungen bewilligt habe. Ein solches Plakat erhielt auch der Bäckermeister Lude, Warschauerstr. 27. Als der Verbandsleitung Ende März d. J. bekannt wurde, daß Herr Lude die geforderten Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr gewähre, ließ sie ein Flugblatt in der Nähe der Ludeschen Bäckerei verbreiten. In dem Flugblatt wurde mitgeteilt, daß Lude trotz seines Ehrenwortes geringere Löhne zahle als die geforderten, daß er länger arbeiten lasse, als die Bundesratsverordnung gestatte, und daß er seine Gesellen wieder in Kost und Logis habe. — Herr Lude ließ darauf ebenfalls ein Flugblatt verbreiten, worin er sich gegen die Behauptungen des Verbandes wendete, und dieser beantwortete die Ludeschen Ausführungen in einem zweiten Flugblatt, in dem unter anderem auch von Unsauberkeiten in der Ludeschen Bäckerei die Rede ist. Schneider und Hefschold vom Bäckerverbande, welche für die Flugblätter verantwortlich sind, wurden daraufhin von Herrn Lude mit einer Privatbeleidigungsklage bedacht. Die beiden Flugblätter tragen die Ueberschrift „Bäckermeister-Ehrenwort“ und machen Herrn Lude den Bruch seines Ehrenwortes zum Vorwurf. Herr Lude behauptet dagegen, er habe kein Ehrenwort gegeben und was er zum Beweise dessen vor Gericht sagte, das ist recht bezeichnend für das Verhalten, welches ein Teil der Bäckermeister angesichts des Streits für angebracht hielten. Herr Lude sagte nämlich, als er sah, daß die Kundenschaft nur bei den Bäckermeistern laufe, die das bekannte Plakat hatten, habe er seine Frau nach dem Verbandsbureau der Bäcker geschickt, damit sie auch ein solches Plakat hole. Unterschrieben habe er nichts, auch seine Frau habe keine Unterschrift gegeben. Hefschold belonte demgegenüber, da Herr Lude das Plakat erhalten hatte, so müsse er oder ein beauftragter Vertreter von ihm die ehrenwörtliche Verpflichtung unterzeichnet haben, denn anders könne er kein Plakat erhalten haben. Herr Lude behauptet auch, er habe zwar anfangs die Forderungen bewilligt, sie aber schon nach drei Tagen zurückgezogen, demgegenüber verweigerte Hefschold darauf, daß die Bäckerei des Herrn Lude ein volles Jahr lang in der vom Verbande im „Vorwärts“ veröffentlichten Liste der geregelten Betriebe gestanden habe, ohne daß Lude, obgleich er seine Einwilligung zurückgezogen haben will, dagegen Einspruch erhob. Weiter machten die Angeklagten geltend, daß vor der Herausgabe der Flugblätter mit Herrn Lude verhandelt worden sei, um ihn zur Innehaltung der geforderten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bewegen. Bei dieser Gelegenheit habe aber Herr Lude zu dem Verbandsvertreter Schneider gesagt: „Ihr seid wohl verrückt, was ich im Mai vorigen Jahres zugesagt habe, das soll ich jetzt noch halten.“

Was die in den Flugblättern behaupteten Tatsachen betrifft, so sagte ein Zeuge aus, er habe zur fraglichen Zeit bei Herrn Lude

gearbeitet und habe für einen Wochenlohn von 18, später 14 M. und halbe Kost täglich 13 bis 14 Stunden arbeiten müssen. — Ueber die komplette Unreinlichkeit sagte derselbe Zeuge, er habe einmal im Backmehl einen Fingerringsummel gefunden, der nur vom Meister Lude herrühren konnte, weil dieser bei der Arbeit zu rauchen pflege. Der Zeuge glaubt mehrmals bemerkt zu haben, daß Herr Lude in das Kochende Fett, worin Pfannkuchen gebaden werden sollten, spuckte. Als der Zeuge einmal ganz genau aufspähte, habe er dies ganz bestimmt gesehen. Die Angeklagten bemerkten hierzu, diese Prozedur sei eine Probe, um festzustellen, ob das Fett leicht. Eigentlich solle man diese Probe mit einigen Tropfen Wasser machen. Der aber zu bequem sei, um Wasser herbeizuholen, der spucke wohl nach altem Brauch in das Fett.

Das Gericht verurteilte jeden der beiden Angeklagten zu einer Geldstrafe von 100 M. und erkannte auf Veröffentlichung des Urteils im „Vorwärts“, dem Verbandsorgan „Der Bäcker“ und dem Meisterorgan „Berl. Bäcker-Zeitung“. — In der Begründung führte der Vorsitzende aus, den Angeklagten sei der Schutz des § 193 zugestanden worden. Da aber aus der Form, in der die Flugblätter gehalten waren, die Absicht der Beleidigung hervorgehe, mußte eine Verurteilung erfolgen. Es sei auch auf eine milde Strafe erkannt, weil die Angeklagten aus idealen Motiven gehandelt haben.

Der Trauzustand der Frau Luder.

Das war die Frage, die die sechste Strafkammer des Landgerichts I gestern in einer Strafsache gegen die Kaufmannsrau Luder zu entscheiden hatte. Frau L. ist eine 54 Jahre alte, bisher unbefehlerte Frau, die seit vielen Jahren in gemeinnützigen Vereinen tätig ist. Das Schöffengericht hat sie seinerzeit des Diebstahls für schuldig erachtet und zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt und folgenden Sachverhalt als festgestellt erachtet. Am 2. März mittags bestieg die Angeklagte einen ziemlich voll besetzten Omnibus, der durch die Landsbergerstraße fuhr. Nachdem sie ihr Fahrgeld bezahlt hatte, fühlte sie kurz nachher einen an ihrem Fuß liegenden Gegenstand, hob ihn auf und steckte ihn in die Tasche. Einige Zeit darauf begann eine ihr gegenüberliegende Arbeiterfrau A. zu flagen, sie hatte, als sie ihr Fahrgeld bezahlt hatte, ihr Portemonnaie, in welchem sich ein von der Sparkasse abgehobener Betrag von 100 M. befand, in ihre Manteltasche gesteckt und zu ihrem Entsetzen war das Portemonnaie verschwunden. Ihre neben ihr sitzende kleine Nichte fing ebenfalls an laut zu weinen und die gesamten Insassen interessierten sich lebhaft für den Fall. Man sagte unwillkürlich in die eigenen Taschen, Frau A. soll sich aber damit begnügen haben, zu fragen, ob denn Frau L. das Portemonnaie wirklich noch im Omnibus gehabt habe, was entschieden bejaht wurde. Ein Mitschaffner sagte schließlich, daß das Portemonnaie, wenn es im Omnibus noch vorhanden gewesen, doch auch noch da sein müsse und schlug vor, daß sämtliche Insassen bis zu Ende der Strecke mitfahren und sich dann gemeinsam zur Polizei zwecks Leibesvisitation begeben sollten. Als Frau L. dann nach einer Weile den Omnibus zum Aussteigen anhalten lassen wollte, erhob eine Mitschaffende Einspruch dagegen und äußerte, daß Frau L. verdächtig sei, da sie, wie wahrgenommen worden sei, sich gebückt habe. Der Schaffner erklärte darauf, daß er die Dame ersuchen müsse, bis zur Endstation mitzufahren. Kurz vor der letzteren griff Frau L. in ihre Kleiderlade und brachte zu allgemeinem Erstaunen das vermischte Portemonnaie zum Vorschein und übergab es der Verliererin mit den Worten: Da ist Ihr Portemonnaie. — Das Schöffengericht hatte auf Grund dieses Tatbestandes, der im allgemeinen auch in der zweiten Instanz bestätigt wurde, einen Diebstahl als vorliegend angenommen. Die Angeklagte hatte versichert, daß, als sie den am Fußboden liegenden Gegenstand aufgenommen, sie geglaubt habe, es sei ihr eigenes Portemonnaie, welches sie wohl aus Versehen neben ihre Manteltasche gesteckt gehabt habe. Erst als sie sich erhob, um auszusteigen, habe sie gefühlt, daß ihre Manteltasche auffallend schwer war, sie habe hineingeschaut und zu ihrem Entsetzen bemerkt, daß sie zwei Portemonnaies dort beherbergte. Das Schöffengericht war aber der Ansicht, daß die Angeklagte in dem Augenblick, als die Arbeiterfrau laut über ihren Verlust klagte, wohl daran hätte denken müssen, daß sie selbst kurz vorher ein Portemonnaie aufgehoben und daß sie bei reinem Bewußtsein wohl sofort — wie die übrigen Mitschaffenden — in ihre Tasche gefaßt und das Portemonnaie sofort gefunden haben würde. Das Verhalten der Angeklagten erschien dem Schöffengericht aber als ein Schuldbeweis, ebenso die Tatsache, daß der Ehemann der Angeklagten am nächsten Tage der Arbeiterfrau 5 M. angeboten hat, damit sie aus der Sache nichts weiter mache. — In der Berufungsinstanz wiederholte die Angeklagte ihre Darstellung erster Instanz mit der Versicherung, daß sie während des Gesprächs über das verlorene Portemonnaie gar nicht mehr daran gedacht habe, daß sie sich gebückt hatte, weil sie eben fest davon überzeugt gewesen sei, ihr eigenes Portemonnaie aufgehoben zu haben. — Der Angeklagten wurde von zwei Seiten das beste Leumundzeugnis gegeben, insbesondere gab ihr der Rabbiner Dr. Lipschütz, der sie aus seiner selbstlosergischen und gemeinnützigen Tätigkeit seit vielen Jahren kennt, das Zeugnis einer ehrlichen Frau, die sich große Verdienste auf dem Gebiete der Krankenpflege erworben habe. Der Hausarzt der Angeklagten, Dr. Fischer, teilte mit, daß die Angeklagte eine schwere Operation durchgemacht hatte und erst am 14. Februar aus dem Krankenhaus entlassen worden war. Der Arzt hat an ihr wiederholt ein abnormes physisches Verhalten, Apathie und Indifferentismus, gewissermaßen eine Art Trauzustand wahrgenommen. Rechenarzt Dr. Blaczel begutachtete, daß die Angeklagte unzweifelhaft in einem Zustand vorübergehender Zerstreuung, vorübergehender Gedankenleere und klimatischer Melancholie gehandelt habe. — Auf Grund dieser Gutachten und der daran geknüpften Ausführungen des Rechtsanwals Weinberg und Justizrat Bronker erkannte die Strafkammer unter Aufhebung des ersten Urteils auf Freisprechung der Angeklagten. Der Gerichtshof verurteilte nicht, daß mancherlei Momente gegen die Unschuld der Angeklagten zu sprechen scheinen, er hielt es aber nicht für überlegt, daß sie geglaubt hat, ihr eigenes Portemonnaie aufgehoben. Daß sie gesehen hat, wie Frau A. es fallen ließ, sei nicht festzustellen. Als die Verliererin dann über ihren Verlust klagte, habe sie wohl nicht daran gedacht, daß sie möglicherweise ein fremdes Portemonnaie in der Tasche haben könnte, erst später habe sie dies gemerkt und sich aus Scham über die fatale Situation in dieser ungeschickten Weise benommen, die sie verdächtig erscheinen ließ.

Vermischtes.

Die Ruhestörungen in Adm an Chlodwigplatz wiederholten sich Mittwochsabend in höherem Maße als an den Tagen vorher. Die Polizei trieb schließlich die Menge auseinander, wobei mehrere Personen verletzt wurden, auch einige Frauen wurden schwer verwundet. Eine Anzahl Ruhestörer wurden verhaftet. Für den katholischen Feiertag befürchtet man noch größere Ausschreitungen, weshalb die Polizei für die Abendstunden die umfangreichsten Vorkehrungen getroffen hat.

Kottbus, 22. Juni. Ein seit Sonnabend nachmittag vernichteter 15jähriger Knabe aus Neuro bei Senftenberg wurde ermordet unter Spreu verdeckt bei Drochow aufgefunden. Er ist von einem Vergewaltiger verschleppt worden, der nunmehr des Lustmordes verdächtig verhaftet wurde.

Ueber eine Eisenbahn-Katastrophe in Amerika ist abermals zu berichten: Der Chicago Rew York Express der Lake Shore-Eisenbahnlinie traf Donnerstag bei Mentor (Ohio) auf eine offene Weiche und entgleiste. Der Zug ging in Trümmer und wurde durch ausbrechendes Feuer teilweise zerstört. Dreizehn Personen wurden getötet, zwanzig verwundet. Der Zug lief, als er von dem Unglück betroffen wurde, mit einer Schnelligkeit von 70 Meilen in der Stunde.